

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementpreis: 3 Mark pro Quartal, 10 Mark pro Jahr, 30 Mark pro Jahr. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Quartal, 3.50 Mark pro Jahr. In die Post zu bringen. In Deutschland und Ostpreußen 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Berichtigungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 10 Pf. (ausführlich 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellensuchen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 18. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Heftige russische Angriffe in Wolhynien.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 17. September. (W. Z. B.) Bericht des Großen Generalstabes von gestern: In der Gegend südwestlich von Dünaburg warfen wir wiederholte deutsche Angriffe vor unseren Drahtverhauen zwischen der Straße nach Dünaburg und dem Samarasee zurück. Kleine deutsche Reiterabteilungen erschienen in der Gegend an der Eisenbahn Wolodetschno—Polozk. Weiter nordöstlich von Wilna gelang es dem Feinde, auf das linke Ufer der Wilija zu gelangen. Weiter südöstlich von Brany versuchten die Deutschen den Versobklauf zu überschreiten, einen Nebenfluß der Nereischanka. Bei dem Dorfe Eisenbueichmonth (?) warfen unsere Truppen den Feind in den Fluß. In der Gegend von Pinsk zogen sich unsere Truppen unter dem Druck des Feindes zurück. In der Gegend von Rijnstochod schlugen wir die Offensive des Feindes gegen Agrinitz ab. Der Feind unternimmt weiterhin Gegenangriffe in der Gegend von Derajew und an verschiedenen Stellen unserer galizischen Front. Der Feind, der erschüttert ist, sucht seine Stellung durch diese Gegenangriffe zu befestigen, aber er hat bei diesen Bemühungen und Versuchen im besten Falle nur kleine örtliche Erfolge erzielt und unsere Truppen fahren fort, Erfolge im Kampfe zu haben. Westlich von dem Dorfe Bendzi in der Gegend von Derazno machten wir 410 Gefangene und erbeuteten vier Maschinengewehre. Als wir uns einer Brennerlei und des Friedhofes bei Derazno bemächtigten, machten wir über 700 Gefangene und nahmen vier Maschinengewehre. Erbitterte Gegenangriffe des Feindes wiesen wir ab. Bei dem Grenzdorfe Neupletine, der Stadt Wischnew und an der Strypa westlich der Linie Larnopol—Trembowla liefern wir dem Feinde, der sich an die Flußübergänge klammert, an verschiedenen Stellen erbitterte Kämpfe.

Der amtliche Wiener Bericht vom 12. September erklärt, daß wir in der Richtung auf den Brückenkopf von Larnopol zurückgeworfen wurden und daß wir bei Larnopol ungewöhnlich hohe Verluste gehabt hätten. Der Feind besitzt indessen keine Unterlagen für die Beurteilung des Umfangs dieser Verluste, und zwar darum, weil wir in den Kämpfen am 10. und 11. September während der ganzen Zeit das Schlachtfeld behaupteten und weil der Feind an den folgenden Tagen trotz der erhaltenen Verstärkungen noch mehr westlich von Larnopol gegen die Dörfer Sliadki und Zebrow abgedrängt wurde und zum Teil noch sogar über die Linie am Strypafluß hinaus.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. September. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Handgranatenkämpfe an den Sappenköpfen im Abschnitt von Neubville. Ein Bombardement der Vorstädte von Arras rief eine heftige Erwidmung unserer Artillerie auf die feindlichen Batterien und Schützengräben hervor. Im Gebiete von Frise (Somme) Minenankämpfe. Kanonade während der ganzen Nacht um Roye und Vassigny, wo unsere Geschosse Brände verursachten. Im Gebiete von Berry-au-Bac, in der Champagne, in der Nähe von Saint Nizaire und Aubertve, in Nordwoevre, in den Vogesen am Van de Sept war die Nacht durch eine ziemlich lebhaftes Artillerieunternehmung ausgezeichnet.

Paris, 17. September. (W. Z. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern abend. In Belgien im Abschnitt von Neuport wirftames Feuer unserer schweren Artillerie. Im Gebiete von Neubville und Roelincourt, um Arras sowie zwischen Aire und Aise energische Unternehmungen unserer Batterien als Antwort auf heftige feindliche Beschichtung. Andauernd lebhaftes Kanonade um Seintigneul am Wisne-Marnekanal sowie nördlich des Lagers von Chalons. Gegenseitige Beschichtung mit Geschützen verschiedener Kaliber zwischen Wisne und den Argonnen. In Saint Hubert Kampf mit großen Bomben mit verschiedenem Eingreifen unserer Artillerie. Im Priesterwald rief die Tätigkeit der deutschen Minenwerfer eine heftige Entgegnung unserer Schützengrabenanlagen und Feldartillerie hervor. In Lothringen an Seille und Loure führten unsere Batterien ein zerstörerisches Feuer gegen die feindlichen Anlagen aus.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. September. (W. Z. B.) Amtlicher Kriegsbericht von gestern. Unsere Gebirgsabteilungen vollführten am 14. September kühne Einsätze gegen die feindlichen Stellungen vom Kamm von Villa Corna, von der Spitze des Roccales und vom Becken von Presena im Hochtal von Genova. Unter großen Schwierigkeiten des Gletschergeländes, die mit der gewöhnlichen Erfahrung und Kühnheit überwunden wurden, erreichten unsere Alpini die feindlichen Schützengräben, griffen sie an und zerstörten sie zum Teil. Dann kehrten sie in die eigenen Stellungen zurück, ohne irgendwie gefürt zu werden. Auf der übrigen Front trugen sich keine

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. September 1915. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne wurde den Franzosen nordwestlich von Verthes durch einen Handgranatenaugriff ein Grabenstück der vorderen Stellung entzogen. Ein Gegenangriff wurde abgeschlagen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Südlich von Dünaburg wurde die Straße Wisny—Gobuzischi—Komai erreicht. Wisny wurde heute früh nach heftigem Häuserkampf genommen. — Nordwestlich, nördlich und nordöstlich von Wilna wird unser Angriff fortgesetzt. — Die Lage östlich von Olita—Grodno ist im wesentlichen unverändert. Die Szczara wurde bei dem gleichnamigen Orte überschritten.

Auch bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern erzwangen unsere Truppen an mehreren Stellen den Szczara-Übergang.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Die Sumpfgelände nördlich von Pinsk wurden vom Feinde gesäubert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Von den deutschen Truppen nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. September. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Wien, 17. September 1915.

### Russischer Kriegsschauplatz.

Die Russen versuchten, die Wirkung unseres gestern gemeldeten Flankenstoßes nordöstlich von Buczac durch einen Gegenangriff zu vereiteln. Sie wurden geworfen. Unser Artilleriefeuer vernichtete hierbei ein feindliches Panzerauto. Von den drei Offizieren der Besatzung wurden zwei getötet, einer unverwundet gefangen genommen. Von der Mannschaft blieb alles mit Ausnahme eines gleichfalls in Gefangenschaft geratenen Chauffeurs tot am Platze. Im übrigen ließ in Disziplin und an der Twa-Linie die Geschäftstätigkeit wesentlich nach. Die Lage blieb völlig unverändert. Angesichts der Unmöglichkeit, in diesen Räumen einen Erfolg zu erringen, führt der Feind neuerdings um so heftigere Angriffe gegen unsere im wolhynischen Festungsgebiet stehenden Streitkräfte. Die hier gestern entbrannten Kämpfe dauern noch an. An der Szczarg nichts Neues.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Front fanden gestern wieder vielfache Artilleriekämpfe statt. Nachmittags wurde das feindliche Feuer gegen die Hochflächen von Lafran und Silgereth heftiger. Heute nach Mitternacht griff härtere italienische Infanterie den Monte Coston und unsere Stellungen nördlich dieses Gebirges an. Diese Vorstöße wurden unter beträchtlichen Verlusten des Angreifers abgewiesen. Im Rätner Grenzgebiete entfaltet die gegnerische Artillerie namentlich gegen den Raum von Tarvis eine lebhafteste Tätigkeit. Dieser Ort, und zwar insbesondere das dortige Spital wurde aus den Stellungen nächst des Grenzpasses von Sondogna von weittragenden Geschützen beschossen. An der kustenländischen Front setzte der feindliche Angriff gegen den Raum von Flitsch wieder ein. Mehrere Vorstöße der Italiener wurden zurückgeschlagen; die Kämpfe sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Weiter Insozo abwärts bis einschließlich des Götzer Brückenkopfes herrschte verhältnismäßig Ruhe. Einige Ortschaften südlich von Götz und der Nordwestrand der Hochfläche von Dobberds standen unter lebhaftem feindlichem Geschützfeuer. Westlich San Martino wurden Annäherungsversuche der Italiener wie immer vereitelt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

besonders erwähnenswerten Ereignisse zu. Die chemische Untersuchung von höchstexplosiven Bomben, die der Gegner vor einigen Tagen gegen unsere Annäherungsgräben auf dem Karst geworfen hat, ergab das Vorhandensein einer starken Menge Blausäure. Ein feindlicher Flieger führte gestern einen schnellen Einfall ins Vicentino aus und warf aus großer Höhe eine Bombe auf Asiago und acht Bomben auf Vicenza, durch die nur sehr leichter Sachschaden angerichtet wurde. Einige Personen wurden leicht verletzt.

## Italiens Kriegs- und Wirtschaftslage.

Italien ist zuletzt in den Weltkrieg eingetreten, leidet aber trotzdem vielleicht heute schon am schwersten von allen kriegsführenden Staaten unter dem Druck des Riesenkampfes; und kaum wird es noch lange dauern, dann kann es mit größtem Recht an seine Grenzen die bekannte Dantesche Hölleninschrift anschlagen: „Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate!“ (Ihr, die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren!) Obgleich Italien seit dem Spätherbst vorigen Jahres sich auf das Eingreifen in den Krieg vorbereitet und im Stillen mit allem Eifer gerüstet hat, hat es in dem bisherigen Ansturm gegen die Bergpässe an der österreichischen Grenze nichts anderes erreicht, als eine gewaltige Abschichtung seiner Jugend. Der von den liberalen Blättern Italiens verherrlichte Spaziergang der italienischen Armee nach Wien ist bislang über einige Kilometer an einzelnen Grenzstellen kaum hinausgekommen, und alle schönen wortreichen Sieges- und Bitterungsberichte des großen Generals Cadorna vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Italien in den vier Monaten, in denen seine Heere gegen die österreichischen Grenzbefestigungen anrennen, so viel wie nichts erreicht hat. Von einer Eroberung von Triest und Görz wie des Trentino und der Gebiete nördlich des Gardasees ist Italien heute noch ebensoweit entfernt, wie zu Kriegsbeginn. Einige kleine Dörfer sind zusammengehossen, ein paar Schutzhütten niedergelegt, aber in solchen Errungenschaften besteht doch wohl kaum der Zweck des Krieges. Sicherlich entspricht der Erfolg nicht den großen Anstrengungen und Opfern. Dazu kommt, daß sich mit dem Herannahen des Winters die Aussichten auf Ueberwindung der großen Hindernisse für die italienische Heere keineswegs bessern. Bereits ist im Hochgebirge raue Winterwitterung eingetreten. Sie erschwert den Italienern nur noch mehr ihre Operationen, zumal der Tod unter den berggewandten, widerstehensten Alpini sehr augeräumt hat und die aus dem warmen Südtal herangezogenen Truppen dem rauhen Gebirgsklima nur schwer zu widerstehen vermögen.

Judem aber ist Italien durch den Krieg nicht nur finanziell, sondern auch in seiner Versorgung mit Kohlen, Eisen, Stahl und anderen unentbehrlichen Rohstoffen, teilweise sogar in seinem Lebensmittelbezug völlig abhängig von England geworden, das diese Zwangslage in seinem Interesse ausnützt und Italien diktiert, was es zu tun hat. Die neugeschaffene italienische Kriegsindustrie steht völlig unter der Aufsicht englischer, zum Teil auch französischer Ingenieure und Dirigenten. Was will auch Italien machen? Es produziert nur ungefähr den fünfzehnten Teil seiner Steinkohlen selbst, und seine ganze Roheisenproduktion hat in den letzten Jahren nur 350 000 bis 380 000 Tonnen betragen. Ohne die englische Zufuhr müßten seine industriellen Betriebe, auch die, die für das italienische Heer Kriegsmaterialien fabrizieren, notgedrungen stillgesetzt werden. Italien muß also die englische Aufsicht dulden, und es muß ebenso unweigerlich den englischen Exporteuren und dem unter deren Obhut stehenden neugebildeten Rohmaterialien trust die Preise für die aus England bezogenen Rohstoffe und Nahrungsprodukte bezahlen, die die englischen Sümner für angemessen finden. Und das nicht allein. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Kriegserklärung Italiens hauptsächlich auf Betreiben Englands erfolgt ist — wahrscheinlich auf das Versprechen hin, daß England die Kosten der italienischen Truppenexpedition nach den Dardanellen tragen und auch weiterhin sich durch Vergabe von Geldmitteln und Kohlen erkenntlich erweisen werde. Wie wenig die italienische Regierung trotz ihrer Großmannsucht Reigung verspürt, sich an dem Dardanellenabenteuer zu beteiligen, beweist am besten die Tatsache, daß sie bisher noch immer gezögert hat, sich militärisch dem englisch-französischen Vorgehen gegen die Dardanellen anzuschließen.

Sicherlich leiden alle am Kriege beteiligten Staaten wirtschaftlich schwer unter den Kriegswirkungen, doch Italien am schwersten; denn schon vor dem Kriegsbeginn waren seine Finanzen zerrüttet, sein Wirtschaftswesen vielfach faul, seine Industrie im Vergleich zu Deutschland, England, Frankreich, Belgien wenig entwickelt und seine Erzeugung an landwirtschaftlichen Produkten unzureichend für den eigenen Bedarf. Ungleich anderen Agrarstaaten, die gewöhnlich einen großen Ueberschuß an Getreide, Vieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten erzeugen und mit der Ausfuhr solcher Erzeugnisse ihre Einfuhr an ausländischen Industrieerzeugnissen aller Art decken, kommt Italien infolge seiner rückständigen Betriebsweise mit seiner Agrarproduktion nicht aus. Es hat z. B. im Jahre 1912 für 630, 1913 für 560 Millionen Lire (1 Lire = 80 Pf.) Getreide aus dem Auslande eingeführt, das heißt fast ein Sechstel der ganzen Einfuhr be-



stand dem Werte nach aus Getreide. Da jetzt infolge des Krieges die Einfuhr solcher Lebensmittel wie auch die Zufuhr von Kohle, Eisen, Stahlwaren, Werkzeugen, Baumwolle, Farben und anderen chemischen Produkten sich sehr vermindert hat, teilweise geradezu stockt, so ist eine allgemeine Verteuerung eingetreten, die für die alltäglichen Nahrungsmittel vielfach 10, 20 Proz. und mehr beträgt.

Das ist für die italienische Arbeiterschaft um so trauriger, als die Arbeitslöhne sehr niedrig sind, sogar in der industriell am höchsten entwickelten Lombardie. Tagelöhne über 3 M. hinaus sind höchst selten. Die Löhne für qualifizierte Vergarbeiter (Hauer) betragen z. B. selbst im Turiner Bezirk nur ausnahmsweise mehr als 3 M. Baumwollspinner verdienen durchschnittlich nur 1,50—1,80 M. bei zehnstündiger Arbeitszeit, fetter mehr als 2 M., und auch die Löhne der Weber stellen sich nicht wesentlich höher. Daraus kommt, daß der große Fremdenverkehr, der sonst so manchem Arbeit und Verdienst brachte, sehr abgenommen hat und die daraus dem Lande zugeflossenen Einnahmen größtenteils fortgefallen.

Die Finanzlage Italiens ist denn auch schon heute, obgleich noch nicht vier Monate seit seinem Eingreifen in den Krieg verfloßen sind, eine geradezu erbärmliche. Die Papiergeldwirtschaft blüht in schönster Pracht. Günstig ist es eigentlich um die italienischen Staatsfinanzen noch nie bestellt gewesen. Ende 1913 stellte sich nach offizieller Angabe die Staatsschuld auf ungefähr 14 1/2 Milliarden Lire. Rechnet man die Rückstände aus dem libyschen Feldzuge mit 800 Millionen Lire, die im Januar 1915 aufgenommene Staatsanleihe mit 1000 Millionen Lire und die in Staatswechseln und Staatscheinen bestehende schwebende Schuld nebst den kleineren Krediten hinzu, so ergibt sich, daß Italien mit einer Schuldenlast von mindestens 17 Milliarden Lire oder ungefähr 13 1/2 Milliarden Mark in den Krieg gezogen ist. Da die Mobilisierung ansehnliche Summen verschlang und die täglichen direkten Kriegskosten sich bald auf 20 bis 22 Millionen Lire stellten, so waren die von England vorgeschossenen Kriegssubsidien schnell verbraucht. Schon wenige Wochen nach der Kriegserklärung mußte Italien eine neue Anleihe aufnehmen, die aber trotz der günstigen Ausgabebedingungen nur ungefähr 1100 Millionen Lire erbrachte, und zwar auch nur dadurch, daß die Banken hohe Beträge übernahmen. Da bis Ende Juli die neue schwebende Schuld 3 Milliarden Lire überschritten hatte, reichte der Ertrag gerade zur Deckung eines Drittels. Eigentlich hätte also Italien gleich wieder eine neue Anleihe von mindestens 2 Milliarden Lire aufnehmen müssen. Das aber war unmöglich, und da in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage im eigenen Lande auch eine erneute starke Anziehung der Steuerkräfte nicht angebracht erschien, versuchte es die Regierung mit der Ausgabe neuer Schatzscheine und mit der Notenpresse, so daß zurzeit der gesamte Notenumlauf Italiens um fast 3 Milliarden Lire größer ist als zu Anfang des Krieges, obgleich der Goldbestand der drei Notenbanken sich nur in sehr geringem Maße vermehrt hat. Mit anderen Worten: für die Mehrzahl der Noten existiert keine Golddeckung.

Natürlich geht diese Papierwirtschaft nicht so weiter, und so fühlt sich denn Italien gezwungen, wieder eine Anleihe aufzunehmen. Aber wo? Der innere Geldmarkt ist zu schwach — also soll Amerika helfen, und da dieses kaum Lust verspüren dürfte, dem halbbankrotten Italien, dessen Wechselkurs um mehr als 20 Proz. gesunken ist, aus der Verlegenheit zu helfen, so soll England für Italien eintreten und eine Garantie übernehmen. Ob unter solchen Umständen das Morgantkonfession sich zu einer italienischen Anleihe verstehen wird, ist recht zweifelhaft; jedenfalls wird, selbst wenn Morgan sich darauf einläßt, der Betrag in keinem Fall ausreichen, um das Land, wo die Zitronen blühen, aus der selbstverschuldeten Patsche herauszuziehen.

H. C.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. September. (W. T. B.) Das Hauptquartier meldet: An der Dardanellenfront hat sich nichts verändert. Bei Anafortia hinderten wir durch unser Feuer die feindlichen Befestigungsarbeiten vor unserem rechten Flügel. Unsere Artillerie zwang ein feindliches Torpedoboot, das sich Ezgiliburun zu nähern versuchte, zur Flucht. Unsere Küstenbatterien beschossen wirksam feindliche Minenleger und die wichtigen feindlichen Stellungen in der Gegend von Sedd ul Bahr. In der Nacht vom 5. September nahm eine unserer Aufklärungspatrouillen am Suezkanal fünf Kilometer südlich von El Cantara ein englisches Transportschiff unter Feuer, das Munition auf dem Kanal beförderte. Sie tötete die Leute auf dem Schiffe und beunruhigte durch ihren Ueberfall eine feindliche Kompanie, welche in der dortigen Gegend lagerte. In der Nacht vom 9. zum 10. September sprengte eine andere türkische Patrouille mit Dynamit die Funkenstation östlich von Adigeal (?) am Kanal in die Luft. An den anderen Fronten hat sich nichts verändert.

## Ritchener über die Dardanellenkämpfe.

London, 17. September. (W. T. B.) In der Oberhaus-Sitzung vom 16. September sagte Kriegsminister Lord Ritchener über die Kämpfe an den Dardanellen: Die Landung in der Subla-Bai wurde am 8. August mit Erfolg ausgeführt, ohne ernstlichen Widerstand zu finden. Zugleich unternahm die Australier von der Anzaco-Station aus einen starken Angriff, während eine kräftige Offensivbewegung aus in der Richtung auf Kithia stattfand. Der Angriff von Anzaco wurde bis auf die Höhen von Saribar und Chumalbar fortgesetzt. Die Landung der Truppen in Subla-Bai sollte den Angriff unterstützen, aber der Angriff wurde leider nicht schnell genug entwickelt. Der Vormarsch wurde nach zweieinhalb Meilen zum Stillstand gebracht. Das Ergebnis war, daß die Anzaco-Truppen außer Stande waren, die Stellung auf den Gipfeln der Höhen zu behaupten; sie erhielten nach wiederholten Gegenangriffen den Befehl, in die tiefer gelegenen Stellungen zurückzugehen. Diese Stellungen wurden besetzt und mit der Front an der Subla-Bai verbunden. Von der Subla-Bai aus wurde am 21. August ein neuer Angriff auf die türkischen Verschanzungen gemacht; aber nach mehreren Stunden des Kampfes war es doch nicht möglich, die Gipfel der von dem Feinde besetzten Höhen zu nehmen, und da das dazwischen liegende Gelände zur Verteidigung ungeeignet war, gingen die Truppen in ihre früheren Stellungen zurück. Seitdem herrscht im ganzen Ruhe und die Truppen haben die nötige Rast bekommen.

## Die englischen Verluste an den Dardanellen.

London, 16. September. (W. T. B.) Im Unterhause gab der Parlaments-Untersekretär des Kriegsamtts Tennant Einzelheiten über die Verluste an den Dardanellen, die in den Gesamtverlusten, wie sie am 14. d. Mts. mitgeteilt wurden, einbezogen sind. Die Verluste betragen: Offiziere tot 1130, verwundet 2371, vermisst 373; Mannschaften aller Rangstufen tot 16 478, verwundet 59 257, vermisst 8021, zusammen 87 630.

## Der Ententevertrag betreffend die Dardanellen.

Berlin, 17. September. (W. T. B.) Nach einer Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Mailand veröffentlichte „Giornale d'Italia“ nach Berichten der in Sofia erscheinenden Zeitungen den Vertrag, den England, Frankreich und Italien am 22. Dezember 1914 über die Dardanellen geschlossen haben. Danach soll Konstantinopel mit den Dardanellen an Russland

gegenüber Kritik schon am Plage war, nur jedoch nach einer anderen Seite hin, wie die Kritik der Sensationspolitiker des 20. Jahrhunderts. Wie aber stand es mit Perikles?

Perikles war um nichts mehr als wie Pitt ein Führer, der führen konnte. Mindestens ermangelte er nicht, die Betrachtung seiner politischen Opponenten als ein Staatsmann ohne Rückgrat einzuernten. Seine Kriegführung, als die Lacedaemonier in Afrika eindringen, wurde für verächtlich und kleinstädtisch erachtet, sobald viele Nieder und Schmäherle auf ihn machten, die ihm zur Schande in der Stadt gefungen wurden und ihm feige Amtsführung im allgemeinen und jahres Ueberlassen von allem an den Feind vorwarfen. Wir halten selbstverständlich Perikles nicht für fehlerfrei. Seine Kritiker mögen wie die Pitts oft im Rechte gewesen sein, wenn sie ihm Irrtümer vorwarfen. Und doch, welcher andere Staatsmann hat je sein Volk zu größerer Ehre und Ruhm erhoben? Als er starb, folgten ihm die Führer, die führen konnten — um ihnen ihren richtigen Namen zu geben, Demagogen — und man lernte, auf seine Wägung als Beweis nicht von Schwäche, sondern von Stärke zurückzuführen. Sein bestes Lob ist in einem Satze von Plutarch zusammengesetzt, der Perikles und Fabius Maximus als Männer beschreibt, die einander ähnlich in ihrem milden und aufrechten Wesen und Benehmen und in jener Fähigkeit, die widerhaarigen Launen ihrer Mitbürger und Amtsstellen zu ertragen, was sie höchst nützlich und den Interessen ihres Landes dienlich machte. Diese Geduld ist unserer Ansicht nach die charakteristische Eigenschaft fast allen großen Staatsmannstums. Fabius bedurfte seiner ganzen Geduld, denn er wurde sogar noch mehr beschimpft als Perikles. Selbst die Soldaten in seinem Heere fingen an, seine vorsichtige Ermattungsakt als Mangel an Mut zu betrachten.

Es handelt sich natürlich um den berühmten römischen Feldherrn Quintus Fabius Maximus Cunctator, der im zweiten Punischen Krieg durch Vermeidung aller Draufgängermethoden Roms Retter wurde. Von ihm wird ein Satz zitiert, der viel Unheil verhüten hätte, wenn er Staatslenkern unserer Zeit in verantwortungsvoller Stunde gegenwärtig gewesen wäre. Als Freunde ihm rieten, durch Uebergang zum Angriff den gegen ihn in Umlauf gesetzten Schimpfreden zu begegnen, soll er geantwortet haben: „Ich würde schwachmütiger sein als sie mich machen, wenn ich aus Furcht vor müßigen Vorwürfen gegen meine Ueberzeugung handeln würde.“

Ueber zweitausend Jahre sind verfloßen, seit nach Plutarch diese Worte gesprochen wurden, und wie oft kommt es nicht noch heute vor, daß mehr Seelenstärke dazu gehört, feige zu scheitern, als es den Römern nach dem starken Mann recht zu machen. Der es ihnen damals recht machte, Terentius Varro, verlor gegen Hannibal die blutige Schlacht bei Cannä, die Rom an den Rand des Abgrundes brachte.

Als viertes Beispiel von Führern, die dem Anspruch der „Daily Mail“ an Rannheit nicht nachkommen, nannten wir Abraham Lincoln, heißt es im „New Statesman“ weiter. Lincoln würde auch sicher von vielen nicht englischen — man kann auch sagen antienglischen — „Daily Mails“ gewogen und zu leicht befunden worden sein. Man höre nur:

fallen. Dies sei der Grund, daß sich die Vertragsschließenden zur Geheimhaltung des Vertrages gegenüber den Balkanstaaten verpflichtet hätten.

## Lansing über den „Hesperian“-Fall.

New York, 17. September. (W. T. B.) (Meldung des Privatkorrespondenten von Wolffs telegraphischem Bureau) Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington hat Staatssekretär Lansing erklärt, daß wegen des „Hesperian“-Falles einstweilen nicht erwogen worden sei, irgend etwas zu tun. Der Tatbestand stehe nicht fest, so lange man keinen Beweis dafür habe, ob der Dampfer angegriffen worden oder auf eine Mine gelaufen sei.

## Gefecht in Ostafrika.

London, 17. September. (W. T. B.) Das Pressebureau meldet: Eine starke feindliche Patrouille wurde am 14. September südlich von Maktou in Ostafrika durch sechzig Briten und hundert eingeborenen Soldaten überrast. Der Feind flüchtete nach einem heftigen Gefechte und ließ zweieinzig Tote und mehrere Verwundete zurück. Wir verloren drei Tote und acht Verwundete und erbeuteten eine Anzahl von Gewehren, viel Munition und eine ganze Ausrüstung.

## Die Kriegsdebatte im Unterhaus.

W. T. B. meldet weiter aus London:

Lloyd George sagte auf eine Frage: Von den Freiwilligen, die sich zur Munitionsarbeit meldeten, waren nur 5000 brauchbar, da die anderen bereits bei der Herstellung von Munition und in anderen unentbehrlichen Industrien beschäftigt waren. Auf eine andere Frage sagte Lloyd George, daß bisher

### dreißig Strafverfolgungen unter dem Munitionsgesetz

stattgefunden hätten, davon sieben gegen Arbeitgeber. Dautwaite (Liberal) fragte, ob diese Strafverfolgungen sich auf den Streik in Südwales bezogen, und falls nicht, weshalb das Gesetz dort suspendiert, aber im Uthbegebiet mit äußerster Energie angewandt wurde. Lloyd George erwiderte, er wisse nicht, ob in Südwales Strafverfolgungen stattgefunden hätten. Wingfield (Liberal) fragte, ob es Lloyd George nicht bekannt sei, daß das Gesetz nicht gegen große Körperlichkeiten, sondern nur gegen einzelne Personen angewandt wurde. Lloyd George erwiderte, er könne diese Auffassung nicht annehmen. In Südwales habe ein Ausgleich stattgefunden, der es unnötig gemacht habe, mit Schärfe vorzugehen. Lord Roberts Cecil sagte, es sei richtig, daß gewisse Dokumente der deutschen und österreichisch-ungarischen Botschaften in Washington in den Besitz der britischen Regierung gekommen seien, alle sollten veröffentlicht werden.

Asquith sagte noch: Die Rückzahlungen an die Bank von England aus der letzten Kreditbewilligung betragen 50 Millionen Pfund Sterling; es waren größtenteils Vorschüsse für andere Mächte. Dazu kamen weitere 80 Millionen Pfund Darlehen an fremde Regierungen und 20 Millionen an die Dominions. Auf Lebensmittel kamen 16 1/2 Millionen. Die Hauptursache des Steigens der Kriegskosten sind die

### Vorschüsse an die Alliierten.

Die Gesamtvorschüsse an andere Länder betragen gegen 250 Millionen Pfund, womit sie keineswegs die letzte Grenze erreichten. Die Ausgabe für die Armees beträgt einschließlich Munition 2 Millionen täglich. Die jetzige Bewilligung wird bis in die dritte Novemberwoche reichen. Der Betrag der täglichen Kriegskosten wird wahrscheinlich nicht über 5 Millionen Pfund steigen.

Asquith fuhr fort: Diese Ziffern werfen ein Licht auf die Leistungen Englands im Kriege und widerlegen behäufte höchst schädliche Verleumdungen, unsere Leistungen herabzusetzen und zu verkleinern. Asquith legte sodann die Lage betreffend die Munition dar. Zwanzig neue staatliche Geschloßfabriken befanden sich im Betriebe, 18 andere würden errichtet. 715 Werke mit 80 000 Arbeitern fiänden unter der Kontrolle von Lloyd George, in ihnen würden keine Privatgewinne gemacht. Große weitere Fortschritte

„Wie streng er der Session der konföderierten Staaten entgegentrat, so erklärte er ihnen zu Beginn, sehr ähnlich wie Mr. Asquith neuerdings den freiwilligen Willen erklärt hat: „Ihr werdet keinen Kampf haben, wenn ihr nicht selbst die Angreifer macht“, und erklärte er später ruhig: „Ich erhebe keinen Anspruch darauf, die Ereignisse geleitet zu haben, sondern belenne einfach, daß die Ereignisse mich geleitet haben.“ Sicher, einer ohne Rückgrat, wenn es überhaupt jemals einen solchen gegeben hat. Die Großsprecher auf seiner Seite fingen den Krieg mit der Erklärung an, daß sie auf einen kleinen Heerenausschlag gingen, um den Rebs (Abklärung von Rebellen) folgenlos einzuperücken. Die Niederlage von Bull Run läßt sie indes ab und die Kritiker fingen an zu sagen, daß Lincolns „betäubender Schwachsinn“ die Ursache des Krieges sei. Jeder weiß etwas davon, was Lincoln in den folgenden Jahren von streitkräftigen Kritikern und ränkefüchtigen Kollegen zu ertragen hatte. Man tadelt dies und tadelt das und tadelt anderes. Man tadelt, daß er sich in die Angelegenheiten seiner Generale einmische. Man tadelt, daß er in Kriegszeit ins Theater ging. Man tadelt, daß er beim Strafen nicht streng genug sei. Wie könnte ich — gab er zurück — jeden Freitag Schlachttage haben? Sein gesunder Menschenverstand und Mangel an Rachsucht mag aus der Antwort ersehen werden, die er auf die Frage gab, ob ein hervorragender Redner, der im Begriff war, nach Kanada zu entfliehen, verhaftet werden sollte. „Wenn ihr einen Elefanten am Hinterbein gefaßt habt und er will ausweichen — erwiderte er — so tut ihr gut, ihn laufen zu lassen.“ Er führte sein Land zum Sieg, aber selbst in den kritischsten Zeitpunkten seines Lebens war er imstande, sich durch lautes Wesen eines jetzt vergessenen Humoristen Petroleum W. Rasch zu erheitern. Ganz sicher, Lincoln war kein Mann. Ihm fehlten die Gaben der Voreiligkeit, Eitelkeit, Nachsicht und praktischer Unwissenheit, die in den Augen der hysterischen Presse Zeichen der Mannhaftigkeit sind und vom großen Publikum bewundert werden.“

So der „New Statesman“. Man könnte seine Liste noch sehr erweitern und die Nutzenverwendung auch auf andere Verhältnisse übertragen. Auf den verschiedensten Gebieten der Politik wird von unkritischen Köpfen — und die sind leider noch sehr in der Mehrheit — noch immer das gewalttätige für das Kraftvolle gehalten und dadurch den Unwägen roher Gewaltpolitik das Spiel sehr erleichtert. Gewiß ist Jaudern nicht immer am Plage und kann Nachgiebigkeit auch Zeichen wirklicher Schwäche sein. Nicht darum handelt es sich, jaghaftem Mangelmut das Wort zu reden. Aber der Uberglaube ist zu bekämpfen, daß die sogenannten starken Männer auch die starken Politiker sind. Gerade weil er bei den unkritisch urteilenden Elementen im Volke noch einen empfänglichen Boden findet, muß um so eindringlicher gezeigt werden, daß die wahrhaft großen Männer in der Geschichte, die Dauern des geschaffenen haben, zu ihrer Zeit die Lärmmacher und Ruster nach dem starken Mann gegen sich hatten und die größten Fehler begingen, wenn sie dem Drängen jener nachgaben und dann ihre wirkliche Größe zeigten, wenn sie den moralischen Mut und die Charakterfestigkeit hatten, ihrem Geschrei nicht zu folgen.

## Der Ruf nach dem starken Mann.

Von Ed. Bernstein.

In fast allen Ländern, die vom Krieg betroffen sind, gibt es eine Presse, die nicht müde wird, immer wieder den Ruf nach dem starken Mann auszustößen, der in der einen oder anderen Weise sich darbietende Schwierigkeiten kurzerhand mit Gewalt erledigen soll. Ohne Rücksicht auf im Wege stehendes Recht, ohne Sentimentalitäts- oder Humanitätsanwendung — in diesem Falle heißt es immer „Duselei“ — soll der verlangte starke Mann die Dinge nach Wunsch und Willen dieser Presse gestalten. Steht es um das eigene Heer schlecht, dann wird nach dem starken Mann gerufen, der das Wunder verrichten kann, über Nacht eine günstige Lage herbeizuführen. Ist die Kriegslage gut, so wird der starke Mann verlangt, der ein Programm von Forderungen aufstellt, wie sie die wildeste Phantasie kaum überbieten kann. Der starke Mann soll entweder ein Zauberfünfler oder ein brutaler Gewaltmensch, je nachdem auch beides sein.

In einer der neueren Nummern der von den Fabiern Englands ins Leben gerufenen Wochenschrift „The New Statesman“ finden wir einen Artikel, der sich mit englischen Rufsern der bezeichneten Gattung beschäftigt. Mandes davon hat nur für England Anwendung, anderes aber könnte ebenso gut anderwärts geschrieben sein, denn wie gesagt, die Gattung ist international. Mehr noch, sie ist interäktual, sie gehört den verschiedensten Zeitaltern an. Der Kritiker von der Gattung, wir brauchen einen Mann.“ Lesen wir in dem Artikel, „würde den gleichen Verzweiflungsruf ausgestoßen haben, wenn er unter Perikles oder Pitt, unter Fabius Maximus oder Abraham Lincoln gelebt hätte. Wir können uns die Zeitartikel vorstellen, die er über „Die Irrungen des Perikles“ und „Die tragischen Fehler des Fabius“ geschrieben hätte.“ Denn was solch ein Kritiker, der nach einem „Führer, der führen kann“, ruft, in Wirklichkeit meine, sei ein Führer, der lärmen kann. „Wie würde er über Pitt gepöppelt haben, daß er den Krieg (mit Frankreich 1792) nicht vorausgesehen hatte, als bis man am Vorabend seines Ausbruchs war. Wie würde er darüber geschämt haben, daß Pitt kurz vorher die Heeresstärke verringert hatte! Tatsächlich hat Mr. Marges Revue (die erznationalistische „National Review“, Ed. B.) keinen Anstand genommen, Pitt für seine „blinde“ Staatsführung so fernhaft zu tadeln, als handelte es sich um Herrn Asquith oder Lord Salisbury.“ Es folgten einige Zitate, die darauf Bezug haben, daß William Pitt 1792 den Bruch mit Frankreich weder gewünscht noch erwartet hatte, noch, als der Krieg da war, vorausah, was mit ihm eingeleitet war. Sodas, also Pitt



würden durch die Einstellung weiblicher Arbeiter gemacht werden. Asquith erörterte sodann die militärische Lage in ähnlichen Worten wie Atkinson und fuhr fort: Wir durchschauen heute deutlicher wie vor Jahren den blauen Dunst von Sophistik und Lügen, womit Berlin uns zu umnebeln und die internationale Lage zu befehlen sucht. Wir erkennen immer deutlicher die Ehrlichkeit unserer Diplomatie, die beständige, ja leidenschaftliche Friedensliebe, womit wir ein weltweites Unglück abzuwenden trachten, die unvermeidliche Pflicht, die uns zwingt, die nationale Ehre zu verteidigen und die ganze Kraft für die heilige Sache der Freiheit einzusetzen. Wir werden weiterhin alles, was wir haben, Reichtum, Industrie, Intelligenz, Leben unserer Kinder, den Bestand des Reiches für diese würdige Sache einsetzen. Ich bezweifle nie einen Augenblick die Weisheit unserer Wahl oder unserer schließlichen Sieg. Solche großen Fragen erfordern auch Besinnung. Das einzige, das ich in Acht erklären muß, ist der Streit im Innern. Lasset nicht unsere Kinder und Kindeskinde sagen, daß im größten Augenblick unserer Geschichte die Armee ihrer Stärke beraubt wurde durch die Unfähigkeit von Regierenden und Regierten, die ungeteilte Energie und den unbezwingbaren Willen des britischen Volkes auf die große Aufgabe zu konzentrieren. — A. M. E. H. (Unionist) sprach für die Wehrpflicht. — D. A. J. (Liberal) sagte, Asquiths Rede werde der Nation den Ernst der Lage deutlicher machen. Der Redner griff den Minister Parcourt an, dessen optimistische Rede er unpatriotisch und gefährlich nannte. Er fragte, ob die Regierung noch optimistische Ansichten

#### über die Dardanellen

hege und verlangte Mitteilungen über die Verteidigung Londons gegen Luftangriffe.

Marineminister Walfour erklärte hierauf: Niemand sah bei Kriegsbeginn

#### die Entwicklung des Luftkrieges

hinaus. Die neue Waffe konnte erst durch die Erfahrung des Krieges erprobt werden. Die Erfahrung zeigte, daß die englische Verteidigung dagegen durchaus ungenügend war. Walfour konnte keinen Grund angeben, weshalb die Verteidigung Londons gegen Luftangriffe der Flotte zuzuführen sei. Er sei selbst darüber erkrankt gewesen, als er die Leitung der Admiralität übernommen hätte. Der Luftfahrt dienste der Flotte, fuhr Walfour fort, mochte bei Kriegsbeginn als ausreichend gelten, aber er war es nicht, wie die Erfahrung lehrte. Er ist bereits viermal und wird noch weiter ausgebaut. Was die Geschäfte zur Abwehr von Luftangriffen betrifft, so waren die Vorbereitungen bei Kriegsbeginn nicht sehr weit gediehen. Die Zahl der verfügbaren Spezialgeschütze war klein, ihre Herstellung schritt etwas langsam fort. Dazu kommt die große Zahl der erforderlichen Geschütze, da auch alle Schiffe ihrer bedürfen. Augenblicklich genügt der Vorrat nicht den Bedürfnissen, aber es werden Fortschritte gemacht, wie bei der Munition. Walfour erklärte, er habe das ganze System der Küstenverteidigung Englands, welcher der Luftfahrt dienste obliegt, völlig unzulänglich gefunden, als er die Admiralität übernommen habe. Er hoffe, daß sie jetzt ausreiche. Betreffs der Verteidigung Londons sagte Walfour, es sei keineswegs alles Mögliche dafür geschehen, aber es sei im Werden. Er erwarte Großes von den Fähigkeiten Sir Percy Scotts. Die Admiralität habe die Verteidigung von Paris gegen Luftangriffe studiert, aber die Fälle seien verschieden, da Paris eine große Festung sei und zahlreiche Geschütze habe; dagegen sei London, wie jedermann wisse und auch die Deutschen wohl wüßten, ein unbesetzter Ort, der nach den Regeln des zivilisierten Krieges solchen Angriffen nicht ausgesetzt sein sollte. Er könne versprechen, daß alles geschehe, um die Verteidigung gegen Luftangriffe zu entwickeln und zu organisieren. Uebrigens seien die durch die Luftangriffe verursachten Schäden wirtschaftlich und militärisch unbedeutend.

Hauptmann G. West (Liberal) sprach für die Wehrpflicht.

Er kritisierte die hohen Arbeitslöhne der Industrie und sagte, die Deutschen würden in den nächsten zehn Monaten die Erzeugung von Kriegsmaterial vermehren und dann besser dastehen als jetzt. Der Zusammenbruch der russischen Armee, der hoffentlich vorübergehend sei, bedeute eine neue Würde für England. West fuhr fort, die britischen Truppen müßten die Franzosen entlassen, indem sie einen größeren Teil der Frontlinie übernehmen, sonst würde die Offensive im nächsten Frühjahr große Schwierigkeiten machen. Wenn England 120 Meilen Front übernehmen, so würden dazu 50 Divisionen oder 900 000 Mann notwendig sein, und außerdem ebensoviel Reserven, da die Verluste 100 Prozent im Jahre betragen. England brauche vier Millionen Soldaten.

Der Schluß der Debatte drehte sich um die Wehrpflicht. Dillon (Nationalist) sprach sich dagegen aus, die Liberalen Chiozza Roncy und Sedgwood sprachen dafür.

Darauf führte Lord Cecil noch aus, er könne nicht ausführlich auf die Antwort von Sir Edward Grey auf die Reden im Deutschen Reichstage eingehen. Der deutsche Schatzsekretär Helfferich habe auf die Erlangung einer Kriegsentwädigung hingedeutet, wahrscheinlich um die Deutschen zu ermutigen. England könne selbstverständlich eine solche Bedingung niemals annehmen; ebenso wenig könne England eine Beschränkung seiner Seemacht in Betracht ziehen lassen, es sei denn im Rahmen der Wiederherstellung des Friedens Europas, denn es würde sich keinesfalls einer legitimen Waffe gegen Deutschland berauben. Sir Edward Grey habe nur die allgemeine Bemerkung gemacht, daß wenn eine allgemeine Wiederherstellung des Friedens eintrete, vielleicht die Fragen der Kriegführung zu Lande und zu Wasser neu in Erwägung gezogen werden müßten.

### Der Kampf um die Wehrpflicht in England.

London, 17. September. (B. Z. B.) Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Nach der Unterhausdebatte am Dienstag geht aus den Verhandlungen und aus den Gesprächen in den Wandelgängen hervor, daß, wenn die Wehrpflicht kommt, sie jedenfalls noch in ziemlicher Ferne steht. Die Anhänger der Wehrpflicht mobilisieren ihre Streitkräfte, die sehr stark sind; aber die Opposition gegen die Wehrpflicht ist im Kabinett und im Unterhause so stark, daß selbst eine Entscheidung der Regierung dafür die Frage nicht erledigen würde. Die Ironie und die Arbeiterpartei sind entschieden gegen die Wehrpflicht, ebenso eine große Gruppe der Liberalen. Lloyd George gilt allgemein als Anhänger der Wehrpflicht. Zwischen Churchill, der ebenfalls als Anhänger der Wehrpflicht gilt, und vielen Liberalen ist eine ernste Entfremdung eingetreten. Falls die Regierung die Wehrpflicht verlangen sollte, würde sie dem Parliamente ihre gesamte strategische Politik darlegen, rechtfertigen und angeben müssen, in welchem Maße sie an dem Kriege auf dem Festlande teilnehmen, und wie sie diese Politik mit der insularen Sicherheit Englands in Einklang bringen wolle.

### Die Bewegung gegen die Zensur in Frankreich.

Der „Figaro“ hatte sich in einer Petition, die von den einflussreichsten französischen Journalisten und Schriftstellern mit unterschrieben war, gegen die Uebergriffe der politischen Zensur gewandt. Das Schriftstück lautete folgendermaßen:

Die Zensur, die darüber zu wachen hat, daß nichts gedruckt wird, das dem Interesse der Landesverteidigung schaden könnte, hat inzwischen ihre Tätigkeit auch auf die politische Domäne ausgedehnt. Zur Stunde hat die Presse in parlamentarischen Dingen

weder das Recht zu berichten, noch Reflexionen zu machen, noch zu kritisieren; sie darf höchstens noch zustimmen. Und doch darf behauptet werden, daß sie, so oft sie sich mit den Mitgliedern des Parlaments und ihrer Tätigkeit beschäftigt, nie versäumt, den außerordentlichen Zeitverhältnissen gerecht zu werden, an diejenigen zu denken, die draußen für das Vaterland kämpfen, dem Feinde keine Waffen in die Hand zu liefern. Ein solcher Zustand ist mit der Würde des französischen Parlaments und der Presse unverträglich. Das parlamentarische Regime beruht auf zwei Grundpfeilern: dem Recht der Kontrolle der Volksvertreter über die Regierung, dem Recht der Kontrolle der Nation über das Parlament. Die parlamentarische Kontrolle wurde in weitgehendem Maße gelockert, wir verlangen für die öffentliche Meinung, daß sie die Akte ihrer Mandatäre kennen und kritisieren darf, und für uns selbst, daß wir diese öffentliche Meinung ungehemmt belehren dürfen. Seit Kriegsbeginn hat die Presse in ihrer Gesamtheit genügend Proben ihres Patriotismus, ihrer Dingdabe und ihrer weisen Mäßigung gegeben, um auf politischem Gebiete die für die Funktion des parlamentarischen Regimes nötige Freiheit beanspruchen zu dürfen. Die Akte des Parlaments kennen nur eine Sanktion: die Publizität. Eine Regierung ohne Kontrolle, ein Parlament ohne Kontrolle läuft in beiden Fällen auf die Despotie hinaus.

Zu diesem Protest hat der „Figaro“ später noch eine Reihe von Zustimmungserklärungen erhalten. So hat die Kommission des Schriftstellerverbandes (Société des Gens de Lettres) folgende Tagesordnung angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß der Verband immer für die Schriftsteller die Freiheit des Gedankens in Anspruch genommen hat, und daß diese Freiheit nur durch die Freiheit der Presse gesichert sein kann; zugleich in der Erkenntnis, daß die Fragen, die die nationale Verteidigung angehen, dem Wism der Zensur unterworfen werden müssen, daß aber die Ausdehnung ihrer Machtbefugnisse auf alle anderen Fragen dem Prinzip der Freiheit des Gedankens widerspricht; gibt er einstimmig seine Zustimmung zu der Petition des „Figaro“.

Die Vereinigung der republikanischen Provinzpresse (Association de la presse republicaine départementale) wendet sich in einer Tagesordnung gegen die „missverständliche, ungeschickte, kleinliche und widerspruchsvolle Anwendung der Kontrolle durch die Zensur“. Dann heißt es weiter:

„Sie wendet sich besonders mit all ihrer Energie gegen die befremdende Anomalie, zufolge deren Informationen, die vor der Versendung von Paris geprüft wurden und von der Agentur Dabos vertrieben worden sind, Artikel, die unter Zustimmung der Zensur veröffentlicht worden sind, sei es in Pariser Zeitungen, sei es in den Organen der Umgebung, in gewissen Provinzzeitungen, die sie nachdrucken, unterdrückt werden und in anderen des gleichen Bezirkes geduldet werden.“

Schließlich wird die Regierung aufgefordert, dem Zustand, der unvereinbar mit der Freiheit und Würde der Presse sei, ein Ende zu bereiten.

Zunehmend muß gesagt werden, daß sowohl die von Derré herausgegebenen „Quatre Sociales“ wie die „Bataille Socialiste“, die „Humanité“ und eine Anzahl anderer Blätter die Maßnahmen der Behörden kritisieren, wo sie ihnen kritischbedürftig erscheinen, daß Verwaltungsbeamte und Offiziere, die ihre Pflicht nicht erfüllen, öffentlich genannt werden und Abhilfe gefordert wird. Wenn trotzdem die Pressevertreter aller Richtungen sich zu einem so energiegelassen Protest gegen die Zensur vereinigen, so ist das ein schöner Beweis für ihren Mut und für den Ernst, mit dem sie die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Würde der Presse vertreten.

### Gegen die chauvinistischen Kriegsschriftsteller

In der „Humanité“ schreibt nach der „Voss. Zig.“ (unseren eigenen Artikel über diesen Gegenstand durften wir aus den bekannten Gründen nicht bringen) Genosse Rouanet gegen die hochpredigenden französischen Literaten:

„Völker deutscher Zunge wie die Deutsch-Schweizer, Ständinaber und Holländer haben natürlich enge geistige Beziehungen zur deutschen Kultur. Es ist daher kein Wunder, daß sie sich durch die von französischen Publizisten gegen jede Auegerung deutscher Herkunft offenbarte unüberlegte und dumme Verachtung in ihrer eigenen Kultur beleidigt fühlen. Wie sollten jene Völker auch Veröffentlichungen glauben schenken können, die vielleicht hier und da eine richtige Abwägung der gegenwärtigen Kriegsverhältnisse enthalten, im ganzen und großen aber nur hohle Delleminationen sind, und an Gehaltigkeit nichts zu wünschen übrig lassen?! Die Deutschen setzen solche französische Verunglimpfungen, die sich mit den Plänen einer späteren Aufteilung des Kaiserreiches abgeben, mit Ausfällen gegen Kant, mit Anklagen gegen Goethe und Schiller, die man nach ihrem Tode für die Vernichtung von Bösen und Reins verantwortlich machen möchte, gesellichsch in Umlauf. Sie lassen sie übersetzen und verbreiten sie mit Entzücken in der ganzen Welt, dienen sie ihnen doch zur Entladung unserer nationalen Schriftsteller! Die Jaudernden auf der anderen Seite, die Unsicheren, die geistig Neutralen sind von dem in den Schriften unserer Landvolkte enthaltenen Rügenneben, von ihrem napoleonischen Größenwahn, von ihrem chauvinistischen Arminismus derart betroffen, daß sie das dünne Hädchen Wahrheit nicht herauszufinden wissen, das in dieser Schmutzluft mittertreibt!“

### Der Prozeß gegen den Mörder Jaurès'.

Paris, 17. September. (B. Z. B.) Nach dem „Temps“ wird Villain, der Mörder von Jaurès, in der am 16. November in Paris beginnenden Schwurgerichtsperiode abgeurteilt werden.

### Kriegsmüdigkeit in Neapel.

Rom, 17. September. (B. Z. B.) „Idea Razionale“ wagt in einer Zuschrift aus Neapel vor dem Giolitismus in Neapel. Man müsse befürchten, daß dieses Parteigängertum bei der bevorstehenden Rede Varzillais in Neapel, einen bösen Streich spielen könne. Die Politiker von Neapel seien Anhänger der picomontesischen Gottheit. Diese Leute hätten sich nicht für besiegte erklärt, sondern hielten immerfort noch Versammlungen unter sich ab, in denen sie den sicheren Sieg der Mittelmächte ankündigten und die langsamen Fortschritte des italienischen Heeres, seine ungeheuren Menschenverluste, die Untätigkeit der Flotte und das Elend unter der Bevölkerung feststellten. Die Deputierten dieser Neutralisten gingen in der Stadt herum und verbreiteten derartige Nachrichten und machten dafür in den Cafés Stimmung. Die aristokratischen Kreise und das höhere Bürgerium, die beide voll Bewunderung für deutsche Manneszucht und deutsche Kultur seien, wären infolge dessen vollkommen voreingenommen. Wegen der Deutschfreundlichkeit dieser Kreise habe das Unterstufungswort für Zurückgebliebene keine Erfolge zeitigen können. Wirklich Kollisionsbegebe seien übergegangen worden, wodurch große Unzufriedenheit im niederen Volke entstanden sei. Sehr eigentümlich sei auch, wie sich die Stadtbehörden gegenüber der Rede Varzillais verhielten. In Rom sei Salandra zu seiner Rede vom Bürgermeister aufs Kapitol geladen worden, während in Neapel der Bürgermeister nicht einmal im Ausschuß für Varzillais Empfang sitze, sondern sich habe darin nur vertreten lassen. Als Grund dafür habe der Bürgermeister angegeben, er besitze einen Beschlus, sodas dann der ganze Gemeinderat gezwungen sein würde, seine Entlassung einzurufen. Kein Mensch in Neapel glaube an diese Ausrede. Der Bürgermeister denke vielmehr in seinem Herzen: Möge dieser demokratische Minister zum Teufel gehen zusammen mit dem Kriege, den uns die Tagesgedie aufgezwungen haben.

### Neue rumänische „Sicherheitsmaßregeln“.

London, 17. September. (B. Z. B.) Aus Bukarest wird gemeldet: Seit dem 15. September ist der ganze Güterverkehr auf den rumänischen Eisenbahnen eingestellt.

Eine später ankommende Meldung besagt, daß auch die Beförderung von Reisenden erhebliche Beschränkungen erfahren hat. Wehrpflichtige Rumänen erhalten keine Auslandspässe, gleichgültig, ob sie im aktiven oder inaktiven Dienstverhältnis stehen. Alle kurzzeit in Rumänien weilenden Ausländer sind aufgefordert worden, sich in den zuständigen Polizeirebieren in Speziallisten einschreiben zu lassen. Ausgenommen sind nur diejenigen Angehörigen fremder Nationalitäten, die dauernden Aufenthalt in Rumänien zu nehmen beabsichtigen.

### Eine Antwort der deutschen Botschaft in Washington.

Die englandfreundliche Presse Amerikas hatte der deutschen Botschaft in Washington vorgehalten, daß sie selber in Amerika Munition ankaufe und sogar bestreite, daß dortige Munitionsfabriken käuflich zu erwerben, und daß sie ferner in den Munitionsfabriken Streiks anzuzetteln versuche. Außerdem wurde der Vorwurf erhoben, die Presse bestochen zu haben. Diese Vorwürfe stützen sich auf Dokumente, die dem Angehörigen der deutschen Botschaft, Herrn Dr. Alberts gestohlen worden sind. Die von diesem Herrn der amerikanischen Presse übergebene Antwort lautet:

1. Es wird behauptet, daß die deutsche Regierung sich mit dem Ankauf von Munitionsfabriken und Kriegsmaterial befasse, während sie oder ihr Verbündeter zur selben Zeit auf ein Waffen- und Munitions-Ausfuhrverbot seitens Amerikas dringe und eine Propaganda zugunsten eines solchen unterstülze. Es sei dies ein Beweis von mala fides und Inkonsequenz. Demgegenüber behaupte ich, daß beides durchaus miteinander im Einklang steht, abgesehen davon, daß de facto bisher ein solcher Ankauf einer Munitions- oder sonstigen Fabrik weder vollzogen, noch kontrahiert und auch nicht geplant ist. Deutschland, Oesterreich-Ungarn hatten allerdings gehofft, daß die völkerrechtswidrige Handlungsweise Großbritanniens amerikanische Gegenmaßregeln hervorrufen und zu einem Waffen-Ausfuhrverbot führen würden. Es ist jedoch kein Grund unerserheits nach dieser Richtung hin erfolgt. Es ist nicht ersichtlich, auf welche Theorien eine Kritik unserer Handlungsweise sich gründen sollte. Selbst wenn es uns möglich wäre, Munitionsfabriken zu kaufen, so würden wir doch daran festhalten, daß es ungerecht ist, uns zu zwingen, uns auf diese Art zu schämen, daß vielmehr die amerikanische Regierung nicht zugeben sollte, daß ihre Bürger das hauptsächlichste Werkzeug der Massenklähterei sind, die jetzt Europa verwüsten. Wenn diese Stellungnahme etwas von „mala fides“ oder von Inkonsequenz in sich hat, so muß ich gestehen, daß mir die Fähigkeit abgeht, dies zu erkennen.

2. In Beantwortung der auf gewisse der gestohlenen Briefe begründeten Insinuation, daß ich oder sonst jemand, der mit der deutschen Regierung in Verbindung steht, sich mit der Anzettelung oder Förderung von Streiks in Kriegs-materialienfabriken zu schaffen gemacht hätte, habe ich nur zu sagen, daß solche Behauptungen unbegründet sind. Keine Transaktion oder Verhandlung dieser Art hat jemals stattgefunden. Diese Erzählungen sind romanhaft und stehen auf gleicher Höhe wie die lächerliche Behauptung, daß die „großen Transaktionen Deutschlands“ sich auf wöchentliche Ausgaben von zwei Millionen Dollar belaufen.“

3. Was die sog. Unterstützung der Zeitschrift „Fatherland“ betrifft, so hat kein Agent oder Vertreter der deutschen Regierung direkt oder indirekt irgendwelche Kontrolle oder auch nur beratende Stimme in allen Geschäften des „Fatherland“. Diese Zeitschrift existierte lange Zeit vor Ausbruch des Krieges.

4. Was den sogenannten Informationsdienst und die angebliche Zeitungspropaganda anbelangt, so ist es unklar, daß irgendwam insgeheim Anstrengungen gemacht wären, um die öffentliche Meinung in Amerika zu beeinflussen. Das Bestreben eines deutschen Nachrichtendienstes ist bei seiner Gründung im vorigen Oktober offen mitgeteilt worden. Er war ins Leben gerufen worden, um dem parteiischen Nachrichtendienst über England entgegenzuwirken.“

### Letzte Nachrichten.

#### Eine englische Kabinettskrise?

London, 17. September. (B. Z. B.) „Daily News“ meldet, daß eine ernste politische Krise erwartet werde. Einige Kabinettsmitglieder, die für Einführung der Dienstpflicht sind, aber nicht imstande waren, im Kabinett ihre Auffassung durchzusetzen, beabsichtigen, demnächst zurückzutreten und allgemeine Wahlen mit der Dienstpflicht als Lösungswort herbeizuführen, ehe ein neuer Rekrutierungsfeldzug auf Grund des nationalen Registers beginnt. Für die Einführung der Dienstpflicht seien Lord Curzon, Lord Lansdowne, Lloyd George, Churchill, Bonar Law, Long, Chamberlain, Lord Selborne und Sir Edward Carson.

#### Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 17. September. (B. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Die Lage an der Dardanellenfront ist unverändert. Unsere Aufklärungstruppen, die nach verschiedenen Richtungen vorgeschickt werden, plänkeln bei jeder Gelegenheit mit dem Feinde und kehren nach jedem Angriff und jedem Ueberfall mit Beute beladen zurück. Unsere Artillerie hat den Feind, welcher Schützengraben zu bauen versucht und gelegentlich Truppenansammlungen unserem Feuer aussetzt, erfolgreich beschossen, die Ansammlungen zerstört und ihnen Verluste beigebracht. Bei Sedd ul Bahr hat unsere Artillerie vom linken Flügel am 16. September eine große Explosion in einer feindlichen Minenwerferstellung hervorgerufen und diese außer Gefecht gesetzt.

Ein Teil unserer Flotte hat einen Leuchtturm und eine Fabrik an der Südküste der Krim mit Erfolg beschossen, das Geschütz- und Bewehrungs des Feindes hat ihr keinen Schaden getan. In derselben Gegend hat sie vier große russische vollbeladene Segelschiffe versenkt.

An der Trak-Front haben unsere Freiwilligen in der Gegend von Kalaat uel Nedjim in der Nacht zum 12. September ein Lager des Feindes überrumpelt, ihm große Verluste beigebracht und viel Beute abgenommen. Am folgenden Tage wurde ein neuer Angriff auf das Lager gemacht: der Feind verlor mehr als hundert Tote und wurde aus dieser Stellung verjagt. Am 16. September haben wir nördlich von Korna ein englisches Flugzeug heruntergeschossen und die Flieger, einen Feldwebel und einen Mechaniker, gefangen genommen; nach geringfügiger Instandsetzung benutzen wir das Flugzeug gegen den Feind. Sonst nichts Neues.



# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Agitations- und die Arbeiterinnenfrage in der Metallindustrie.

Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Am 18. September fand eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der Vorschläge des Kollegen Müller betreffend anderweitige Regelung der Agitationsform in der Verwaltungsstelle Berlin.

Die Vorschläge lagen gedruckt vor, und gab Müller dazu noch eine Reihe mündlicher Erläuterungen, aus denen hervorging, daß die Absicht dahin geht, Einrichtungen in der Organisation zu schaffen, die eine bessere Registrierung aller Vorläufer in den Betrieben der Metallindustrie ermöglichen. Änderungen irgendwelcher Art, die das Arbeitsverhältnis betreffen, sollen festgehalten werden, um dadurch zu ermöglichen, daß bei irgendwelchen notwendig werdenden Maßnahmen für den betreffenden Betrieb man sich an der Hand der Registrierung über alles Erforderliche auf das Genaueste orientieren kann.

Auch das Meldesystem für Werkstattvertrauensleute solle vereinfacht werden und zugleich auch verschiedene Mängel, die sich beim gegenwärtigen System gezeigt haben, ausgemerzt werden. Auch wünscht der Antragsteller, daß Einrichtungen getroffen werden, die es ermöglichen, die neu gewonnenen Mitglieder als auch die alten Mitglieder mehr mit den Aufgaben der Organisation vertraut zu machen, um sie so fester als bisher an die Organisation zu fesseln. Hierzu ist nach Meinung des Antragstellers notwendig, verschiedene grundlegende Änderungen unseres Agitationskörpers als auch in der Ortsverwaltung zu treffen. Die Zusammenlegung der Ortsverwaltung müsse den zutage tretenden Bedürfnissen angepaßt sein. Die Organisation und ihre Arbeit müsse sich den Eigenarten der Betriebe und der Arbeitsweise anpassen. Das Versammlungswesen müsse sich mehr nach Branchen und weniger nach Bezirken abgrenzen, abspielen, dann werde in Verbindung mit allem anderen auch eine erhöhte Anteilnahme der Mitglieder an den Verbandsangelegenheiten einzufließen.

In der Diskussion sprachen verschiedene Redner. Unter anderen führte Siering aus, daß zwar Mängel in der Agitationsweise wie auch in der inneren Organisation zutage getreten seien, die beseitigt werden müssen und auch beseitigt werden können. Wichtig sei auch, daß das Versammlungswesen Mängel aufweise und die Organisationstreue der Mitglieder zu wünschen

übrig lasse. Ebenso sei richtig, daß wir bestrebt sein müssen, unsere Mitglieder mehr mit dem gesunden Geist der Organisation und ihren Aufgaben zu durchdringen, er bestreibe aber, daß die Vorschläge des Kollegen Müller zum Ziel führen. Ebenso sei es zweifelhaft, ob jetzt während des Krieges, wo ein großer Teil unserer besten Kräfte eingezogen ist, es möglich gemacht werden könne, jeden Posten mit dem passenden Mann zu besetzen. Trotz alledem hat Siering nichts dagegen einzuwenden, daß eine Kommission eingesetzt wird, die den ganzen Komplex dieser Frage berät und ihre Vorschläge macht.

Da die Einsetzung einer Kommission auch vom Kollegen Müller zwecks Prüfung seiner Vorschläge für notwendig erachtet wird, beschließt die Generalversammlung, eine solche Kommission einzusetzen, die aus acht von der Generalversammlung und vier von der Ortsverwaltung zu wählenden Mitgliedern besteht. Dazu soll als Dreizehnter ein Bevollmächtigter der Kommission ergänzen. Die Wahl der Kommission wurde sofort vorgenommen. Die von der Kommission ausgearbeiteten Vorschläge werden den Bezirksversammlungen wie auch der Generalversammlung zwecks Beschlußfassung unterbreitet.

Nach Erledigung dieser Frage geht Cohen noch auf die Beschäftigung der Arbeiterinnen in der Metallindustrie ein, bei welcher die Rücksicht auf die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen in der Industrie immer mehr in Fortfall kommt.

Cohen erklärte, darauf zu verzichten, heute schon die Namen aller der Firmen zu nennen, die länger, als die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen zulassen, arbeiten. Es sind die bekanntesten und namhaftesten Firmen der Berliner Metallindustrie darunter, die insgesamt Lehntausende von Arbeiterinnen beschäftigen. Er werde aber alle diese Firmen der Behörde mitteilen, und dürfe erwartet werden, daß auf schnellstem Wege dem Uebelstand abgeholfen wird. Sollte das nicht geschehen, wird die Organisationsleitung sich darüber klar werden müssen, was zu tun sei, um dem Verlangen unserer Mitglieder nach Schutz ihrer Rechte durch die Organisation nachzukommen.

Am Schluß der Versammlung wurde dann noch eine ganze Reihe von Firmen dem Bureau mitgeteilt, die ebenfalls bei der Beschäftigung von Arbeiterinnen die Schutzbestimmungen überschreiten.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte am Schluß des zweiten Quartals in Berlin einen Bestand von 3889 Mitgliedern und 242 Jugendlichen. In diesen Bestand sind die zum Militär eingezogenen Mitglieder miteingerechnet.

Das Geschäftsleben geht mehr und mehr zurück, so daß auch jetzt noch nicht alle Stellenlosigkeiten untergebracht werden konnten. Der Verband hat mit verschiedenen Firmen wegen Differenzen verhandelt. So auch mit Jandorf, wo Angestellte, die an einer Betriebsversammlung teilgenommen hatten, entlassen worden waren.

Dem Eingreifen der Organisation gelang es, die Entlassungen rückgängig zu machen. Auch in Bezug von Gehaltsänderungen wurde mit Jandorf und dem Kaufhaus des Westens mit Erfolg verhandelt. Bei Vergman konnten Feuererzeugnisse erreicht werden. Die Firma Lieg hat eine dahingehende Anregung noch nicht beantwortet. Eine Angelegenheit mit der Konsumgenossenschaft wurde durch Aussprache erledigt. Bei einigen weiteren Firmen konnte der Verband ebenfalls für seine Mitglieder wirksam eintreten. In dieser Hinsicht wird auch in der kommenden Zeit gearbeitet werden.

In der letzten Mitgliederversammlung unterbreitete und begründete Halle die Resolution, in der dagegen protestiert wird, daß auf der Konferenz der Gewerkschaften der Vertreter des Zentralverbandes die politische Meinung der Verbandsmitglieder zum Ausdruck gebracht, ohne diese überhaupt vorher gefragt zu haben. Die Art, wie der Vorstand hiermit gehandelt habe, sei eine Verletzung der öffentlichen Meinung. Redner polemisierte scharf gegen die Konferenz, und insbesondere gegen den Vorsitzenden der General-Kommission, der durch sein Auftreten selbst den Streit in die Gewerkschaften trage. Er hätte schon vor dem Kriege dafür sorgen sollen, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich politisch organisierten nach dem Grundsatz: Partei und Gewerkschaften sind eins. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Lebhafte Weisung.)

Döhnel vom Hauptvorstand erklärte, es sei nicht die Meinung des Gesamtvorstandes, was der Redner auf der Konferenz zum Ausdruck gebracht habe, sondern dessen eigene Meinung. Die Vertreter der Vorstände sind mit der Konferenz-Tagesordnung von der General-Kommission überumpelt worden. Das solle allerdings keine Entschuldigung für die Teilnehmer sein. Es sei zu beurteilen und auch gefährlich für die Gewerkschaften, solche Aktionen wie diese Konferenz gegen die Sonderbündelei zu veranstalten. Er, Redner, habe damals das Flugblatt auch mitunterzeichnet und werde auch in Zukunft bei ähnlicher Gelegenheit wieder keine Funktionsbezeichnung dahinterlegen. Nur beschränkte Köpfe können sich darüber aufhalten. Es war notwendig, hier in diesem Falle die Funktion als Gewerkschaftler hinzuzufügen. Es mußte gezeigt werden, daß es Gewerkschaftler waren, die sich am politischen Leben ohnehin beteiligen. Was auf der Konferenz gesagt wurde, war noch nicht einmal durchweg die Meinung der Vorstände, geschweige der Gewerkschaften insgesamt.

In der weiteren Diskussion wurde die eingebrachte Resolution noch unterfächert und gefordert, daß der Vorstand erkläre, er stehe nicht hinter dem Redner und dessen in der Konferenz gemachten Äußerungen. Er habe dies bisher nicht getan.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 19. Septbr., vormittags 10 Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Lindenstraße, Ecke Stralauer Straße: Jugendweih. Festrede des Herrn Baldes Ramasse: „Des Volkes Jugend zu Licht und Freiheit“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

### Todes-Anzeigen

#### Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Johann Kästner** Neustädter Str. 34, im Alter von 57 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 18. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem alten Neustädter Friedhof in der Rudower Straße statt.  
Die Ortsverwaltung.

#### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter **Karl Rebouillon** von der Firma Krüger, Schindlerstraße, am 18. September im Alter von 51 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht 67/7 Die Bezirksverwaltung.

#### Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Witwe

**Auguste Förste** geb. Zieck, Wohnhaft Wiesenstr. 34, im Alter von 72 Jahren nach langem schweren Leiden am 15. September 1915 sanft entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.  
Familie W. Förste.  
R. Förste.  
Spiller.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. September, 4 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in der Seefstraße, aus statt. 83/1

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher **Max Schrandt** Neustädter, Kaiser-Friedrich-Str. 81, am 4. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
119/10 Die Ortsverwaltung.

Herrn von der Heimat fiel am 27. August mein lieber Mann, treuer, sorgender Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Wehrmann **Mallon** im 45. Lebensjahre. 38/1

**Wwe. Mallon** nebst Töchtern, Trautmannstraße 19.

#### Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

B. a. G., Hamburg.  
Nachruf.  
Am 11. September verstarb in Hamburg der frühere Bevollmächtigte von Berlin 4 **Max Mäcker**.  
Ehre seinem Andenken!

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1967, 9714.  
Bureau geöffnet von 9-11 Uhr und von 4-7 Uhr.

Sonntag, den 19. September 1915, vormittags 10 Uhr, in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Versammlung der Metallschleifer und Galvaniseure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.  
Mitgliedebuch legitimiert.  
Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.  
119/11 Die Ortsverwaltung.

#### Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Brautigam

**Robert Krüger** im 29. Lebensjahre nach langem Leiden verstorben ist. 24/25  
Die Beerdigung findet Montag, den 20. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neustädter Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Um stille Teilnahme bitten **Ernst Krüger nebst Familie und Braut Margarete Ginke, Neustädter, Zietzenstr. 20.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Martha Faber geb. Wittenberg** im 55. Lebensjahre nach langem Leiden sanft entschlafen ist.

**Max Faber, Gastwirt, nebst Kindern, Stephanstraße 11.**  
Die Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 60/1

### In Freien Stunden

Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

## Möbel-Beiser

Trotz des Krieges liefere zu konkurrenzlosen billigen Preisen **Lothringer Strasse 67, am Untergrund-Bahnhof Schönhauser Tor**

2 Bettstellen 2 Matratzen 2 Kissen, 1 Kleiderst. u. Wäsche, 1 Spiegel, 1 Spiegelgld.	1 Tisch 2 Stühle 1 Kleiderst. 1 Kleiderst. 1 Spiegel 1 Kleiderst.	35	2 Stuben u. Küche nusbaum furniert 1 Kleiderst. 1 Wäscheb. 1 Wascht. 2 Bettstellen 2 Matratzen 2 Kissen kompl. Küche	1 Truhenz. 1 Sofa 1 Tisch 4 Stühle und 1 farbige kompl. Küche	55	2 Stuben und Küche in Nusbaum u. mod. Ausf. u. mod. Kleiderst. 1 mod. Umbau 2 engl. Bettstellen 1 Tisch, 4 St. 2 Matratzen 1 mod. kompl. 1 Wascht. 1 mod. f. b. 2 Nachtschränke	75
---	--	----	---	--	----	--	----

Wochenrats 2.50 M. Mark  
Wochenrate 4.50 M. Mark  
Wochenrate 5.50 M. Mark

Mod. Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmer :: Anz. v. 60-120 M. an, Wochenrate 4 M.  
Einzelne Möbelstücke Anzahlung 5.00 Mark, Wochenrate 1.00 Mark.  
Farbige Küchen in grosser Auswahl, Anzahlung von 10 Mark an.  
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern

Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet

## Feldgraue Gummi-Mäntel

für Militär und Zivil

24,- 30,- 36,- 45,-

Feldgraue Oelluch-Mäntel 16- 18- 21-  
Feldgraue Regenhaut-Pelerinen 22.50 25-  
Feldgraue Oelluch-Pelerinen 15- 18-  
Feldgraue Oelluch-Joppen einreihig 12.25  
Wasserdichte Segelfuch-Westen braun 8-  
Regenhaut-Westen 7.50 9-  
Wasserdichte Unterbeinkleider braun Segelfuch 8-

Pür Versand genügt Angabe des Brustumfanges.

## BAER SOHN

Chausseestr. 29-30 BERLIN 11. Brückenstrasse 11  
Ge Frankfurterstr. 20 Grop. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb.



### Spezialarzt

Dr. med. Wockenfus, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung, Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11-3 und 5-8.

### Reuters Werke

3 Bände 4 Bände  
Buchhandlung Vorwärts

### H. & P. Uder, Berlin SO. 16.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.  
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.  
Amt Moritzpl. 3014.

Auswahlen auch ausserhalb gegen Anzahlung ohne Kartenzwang. Sonntag 8-10 geöffnet. Starke Figuren finden Passendes in allen Abteilungen.

## Recht schnell!

(Jeder Gegenstand wird bei kleinster Anzahlung zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeliefert.)

### Plüsch- Ulster- Kostüme

mäntel aus best. Seidenplüsch, kurz, halblang u. lang, in kurz. Zeit bis 60% teurer, jetzt noch 70,-, 104,-, 150,-  
In Seidenplüsch, wunderbare Ausf., einzelne Modelle, regelrecht Preis bis 72,-, jetzt noch 40,-  
Astrachan, Mohair, auf bestem Futter, regelrecht bis 60,-, jetzt noch 35,-, 48,-  
Wollplüschmäntel, in 14 Tagen vielleicht bis 90,- gestiegen, jetzt noch 48,-, 65,-

prachtvolle Stücke f. Herbst u. Winter, beste Stoffe, reizende Formen, halblang u. lang, in Ausf. u. jetzt noch 45,-, 29,-, 18,- regelrecht 80,-, 65,-, 34,-

mit kurzer und halblanger Jackenform, das Feinste der Jahreszeit, einzelne Modelle aus bestem Kammgarn, Tuch, Samt, Seide, regelrecht bis 225,-, 150,-, 135,-, zum Auswaschen für 85,-

Solide, gediegene Kammgarn-Kostüme in kürzester Zeit bedeutend teurer, jetzt noch zu 48,-, 25,-

### Gummimäntel,

hochmoderne Ausf., noch für 52,-, 27 1/2, 20,- regelrecht 90,-, 60,-, 40,-  
Seda-Seiden-Gummimäntel (ges. gesch.), blau, grün, mode, für 36,- (Preissteig. bevorstehend).

### Pelzmäntel,

die besten Felle, die schönsten Formen, die gediegendste Kürschnerarbeit, Persischer, Sibirischer, Elektrischer, Fohlen regelrecht bis 1800,-, 1300,-, 950,-, 650,-, 200,-, noch für 1000,-, 720,-, 510,-, 280,-, 195,-, Einzelne kürz. Pelz- u. Plüschjackets, regelrecht bis 125,- für 50,-.

### Loft- Pelserinen 10,-, 15,-, Modellröcke, 15,-, 20,-, schw. u. farb. (Preissteigerung in Sicht)

### Einsegnungs-Kleider

sebon von 14,- an.

## Westmann

I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden). II. Große Frankfurter Strasse 115 (nahe Andreasstr.).



Eingegangene Druckschriften.

Dokumente zum Weltkrieg 1914. Herausgegeben von Ed. Bernheim. Heft 11: Das Grünbuch Italiens. 2. Teil. 80 Bl. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Festschreibband. Von Prof. Dr. J. Wolf. 1,20 M. A. Decker (H. Schön), Leipzig.

Kriegsergebnisse österrösterreichischer Pfarren. 2. Sammlung. Herausgegeben von Pfarren G. Rosgel. 3 B., geb. 4 M. E. Rung, Berlin-Lichterfelde.

Bäcker- und Konditoreien. Bäcker Nordstern. Inh. Gust Müller. Filiale im Süden, Oststr. 1. Ungerstr. 10.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten. Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Kaffee-Versand Gerold KAFFEE. Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung.

Zeitgemäße Literatur über Rußland. Zu beziehen von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3.

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis“

Den Genossen im Felde ist es Bedürfnis, über das politische und organisatorische Leben in der Heimat stets unterrichtet zu sein.

Vorwärts. Leser! Richtet euch bei allen Einkäufen nach dem Anzeigenteil im Vorwärts!

Das Jarenreich. Inhalt: Gebiet und Bevölkerung. Soz. und wirtsch. Verhältnisse. Finanzwesen. Das zarische Regime. Die auswärtige Politik Rußlands.

DRUCK ARBEITEN in guter Ausführung liefert VORWÄRTS Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Berlin SW. 68 - Lindenstrasse 3

Friedrich Stampfer Sozialdemokratie und Kriegskredite Preis 10 Pfennig

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Schönlisch, Alderstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1/2 und von 4 1/2-7 Uhr.

Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Fahl, Bismardstr. 4. Erkner, Neu-Zittau: A. Schimanski, Viktoriastr. 8.

Nowawes: Karl Krohnberg, Friedrichsplatz 27. Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Bildhauerstr. 17, Laden.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.



# Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 ♦ BERLIN N ♦ Chausseestr. 70-71

**Haar-schleifen**  
4 Stück  
**38 Pf.**

**Militär-tücher**  
2 Stück  
**38 Pf.**

**Taschen-tücher**  
für Kinder  
6 St.  
**38 Pf.**

**Löffelbrett**  
Stück  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**Herren-Socken**  
Paar  
**38 Pf.**

**Garnier-Knöpfe**  
Jede Karte  
**38 Pf.**

**Samtstoss** mit Kordel  
in schwarz u. farbig  
Meter  
**38 Pf.**

**Küchen-Konsol**  
Stück  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**Damen-Strümpfe**  
Paar  
**38 Pf.**

### Kurzwaren.

Schnürsenkel 110 cm lang, gute Qualität, 8 Paar zum Heissmach 3 Stück, 38 Pf.  
Lockenwickler, aus echt-Menschenhaar, 3 Stück, 38 Pf.  
Haarnetze, aus echt-Menschenhaar, 3 Stück, 38 Pf.  
Strumpfbänder m hübschen Banderschleifen, 3 Paar, 38 Pf.  
Strumpfhalter Herkules, verschiedene Farben, 3 Paar, 38 Pf.  
Mützenbänder, mit Silber- u. Goldschrift, schwarz und weiss, Stück, 38 Pf.  
Tüllabschnitte, schwarz, 38 Pf.  
Spachtelabschnitte, schwarz u. weiss, 38 Pf.  
Klöppelspitzen, imit., weiss u. grau, 2 Meter, 38 Pf.  
Klöppeleinsätze, imit., weiss u. grau, 2 Meter, 38 Pf.  
Lackgürtel, 4 cm, mit gleichfarb. Schnalle, 3 Stück, 38 Pf.  
Kindergürtel, schwarz-weiß-rot, 3 Stück, 38 Pf.

### Sticksachen

Topflappentasche mit Topflapp, 38 Pf.  
Kissenplatte vorgezeichnet, 38 Pf.  
2 Tablettdecken vorgezeichnet, 38 Pf.  
Taschentuchbehälter vorgezeichnet, 38 Pf.  
Serviettentasche vorgezeichnet, 38 Pf.  
2 Quadrate vorgezeichnet, 38 Pf.

### Leinen

1 Paar Fusslappen, 38 Pf.  
Stickerei-Kupon 2,05 Meter, 38 Pf.  
Stickerei-Ein- u. Ansätze mtr., 38 Pf.  
Stuben-Handtücher, Stück, 38 Pf.  
Küchen-Handtücher, Stück, 38 Pf.  
Küchen-Handtücher, 2 Stück, 38 Pf.  
Wischtücher, 2 Stück, 38 Pf.  
Staub- od. Poliertüch., 2 St., 38 Pf.  
Servietten, Jacquard, Stück, 38 Pf.  
Servietten, Reinleinen mit Durchbruch, Stück, 38 Pf.

### Wirtschaftsartikel

1 Putz- oder Wichskasten, 38 Pf.  
1 Kuchenkonsol mit Einlage, 38 Pf.  
1 Eierschrank, 38 Pf.  
1 Gewürzschrank, 38 Pf.  
1 komplettes Quirlbrett, 38 Pf.  
1 Handtuchhalter, 38 Pf.  
1 Fussbank, 38 Pf.  
1 Kammkasten, 38 Pf.  
1 Handtuch- oder Schlüsselbrett, 38 Pf.  
1 Eckbrett, 38 Pf.  
1 grosses Fleischbrett, 38 Pf.  
1 Fleischbrett u. 1 Fleischhammer, 38 Pf.  
3 Frühstücksbrettchen, 38 Pf.  
1 Garderobenleiste, 38 Pf.  
1 Essbesteck, vernickelt, Solingen, 38 Pf.  
6 Pek. Blitzblank, 38 Pf.  
1 Speiseform, 38 Pf.  
1 Durchschlag, 38 Pf.  
1 Pfeffermühle, 38 Pf.

**Kleiderbürste**  
Stück  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**Kinder-Strümpfe**  
Paar  
**38 Pf.**

### Taschentücher

Weisse Damen-Batisttücher mit Hohlsaum, 4 Stück, 38 Pf.  
Gebrauchsfertige Tücher für Herren u. Damen, 3 Stück, 38 Pf.  
Arabias-Tücher, 2 Stück, 38 Pf.  
Herren-Batist-Tücher dunkel, 2 Stück, 38 Pf.  
Damen-Batist-Tücher dunkel, mit Hohlsaum, 2 Stück, 38 Pf.  
Schweiz-Stick-Tücher, Stück, 38 Pf.  
Damen-Batist-Tücher gestickt, 3 Stück im Karton, 38 Pf.

### Möbelstoffe + Gardinen

Tüllgardinen, Meter, 38 Pf.  
Tülldecke 50/50, Stück, 38 Pf.  
Tüllkante, Meter, 38 Pf.  
Wachstuch - Küchentischdecke, Stück, 38 Pf.  
2 Tülldeckchen, 38 Pf.

### Wäsche

Strick-Jäckchen, Stück, 38 Pf.  
Erstlingshemdchen, Stück, 38 Pf.  
1 Wickelband, 38 Pf.  
1 Molton-Unterlage, 38 Pf.  
2 Gummi-Lätzchen, 38 Pf.  
2 Ess-Servietten, 38 Pf.  
2 weisse Kinder-Lätzchen mit Stickerei und Spitze, 38 Pf.

### Herren-Artikel

Krawatten offene Binder, 38 Pf.  
Krawatten Regattes, 38 Pf.  
Krawatten Schleifen, 38 Pf.  
Herren-Manschetten, 38 Pf.  
Serviteurs weich, 38 Pf.  
Serviteurs steif, 38 Pf.

Ein Posten  
**Schweiss-Socken**  
Paar  
**38 Pf.**

**Kopfbürste**  
Stück  
**38 Pf.**

**Blankbürste**  
Stück  
**38 Pf.**

# Unsere 38 Pf.-Tage

**Kollers**  
Wachspferlen  
Stück  
**38 Pf.**

### Parfümerie und Seifen

2 Pack Steins Salmiak-Terpentinseifenpulver, 38 Pf.  
1 Pack Steins Waschkraft und 1 Pack Soda, 38 Pf.  
2 Scheuertücher, 38 Pf.  
8 Kerzen, 38 Pf.  
2 Stück Blumenseife, vert., 38 Pf.  
1 Stück Kernseife und 1 Beutel Waschblau, 38 Pf.  
1 Toilettpapierhalter, 38 Pf.  
2 Rollen Toilettpapier, 38 Pf.  
1 Toilettspiegel, 38 Pf.  
2 Schachteln Schuhcreme, 38 Pf.  
5 Pack Blitzblank, 38 Pf.  
3 Stück Blumenseife i. Kart., 38 Pf.

**Kollers**  
Imit. Bernstein  
Stück  
**38 Pf.**

### Weisswaren

Damen-Westen mit Faltenkragen, aus Batist mit Spitzen od. Hohlsaum, 38 Pf.  
Dame-Westen m. Matrosenkragen, aus P.K. mit Hohlsaum, 38 Pf.  
Falten- od. Matrosenkrag, reich garn., in versch. Ausführ., 38 Pf.  
Mod. Nackenrüschen aus Tüll, in weiss, creme, schwarz, 38 Pf.  
Stuartrüschen aus Spitzen und Batist, auch für Jacken, 38 Pf.  
Unterzieh-Passen aus Tüll od. Spitze, Stoff m. Säumchen u. Einsatz, 38 Pf.

### Holz-Galanterie

Spiegel in verschiedenen Ausführungen, 38 Pf.  
Konsole, 38 Pf.  
Kleiderriegel, 38 Pf.  
Bilder, 38 Pf.  
Bürstentaschen, 38 Pf.

**Bolero-Nadeln**  
Stück  
**38 Pf.**

### Konfituren

3/4 Pfd. Honigbonbon, 38 Pf.  
3/4 Pfd. Malzbonbon, 38 Pf.  
3/4 Pfd. Himbeerbonbon, 38 Pf.  
3/4 Pfd. Bonbonmischung, 38 Pf.  
1/2 Pfd. Praliné, 38 Pf.  
1/2 Pfd. Punschbonbon, 38 Pf.  
1/2 Pfd. Kokosflocken, 38 Pf.  
1/2 Pfd. Konfektmischung, 38 Pf.

### Bijouterie

Kollier gut versilbert, mit Simili-Anhänger, 38 Pf.  
Kollier gut versilbert, mit patriotischem Anhänger, 38 Pf.  
Kollier imitierte Koralle, mit passendem Armband, 38 Pf.  
Broschen Simili, imit. Bergstein od. porzellan, rot oder weiss besetzt, Paar, 38 Pf.  
Seitenkämme rot od. weiss besetzt, 38 Pf.  
Nackenspannen rot oder weiss besetzt, 38 Pf.  
Isarperle, 38 Pf.

### Lederwaren

Kollegmappen, 38 Pf.  
Brieftaschen, 38 Pf.  
Banknotentaschen, 38 Pf.

**Kinder-Garnitur**  
aus Pikee und Batist, Stück  
**38 Pf.**

### Schreibwaren - Bücher

Kassette Briefpapier, 38 Pf.  
Postkarten-Album, 38 Pf.  
Notizbücher patriotisch, 38 Pf.  
Ordnungsmappen, 38 Pf.  
Zensurmappen, 38 Pf.  
4, 3 oder 1 Roman, 38 Pf.

### Emalle

1 Essenträger, 38 Pf.  
1 Kaffeeflasche, 38 Pf.  
1 Milch- oder Kaffeekanne, 38 Pf.  
1 Bratpfanne, 38 Pf.  
5 Speiseteller, 38 Pf.  
1 Kasserolle, 38 Pf.  
1 Schmortopf, 38 Pf.  
6 Trinkbecher, 38 Pf.  
1 Leuchter mit Goldrand, 38 Pf.

### Porzellan und Steingut

1 Satz weisse Näpfe 3 Stück, 38 Pf.  
2 weisse grosse Näpfe, 38 Pf.  
6 Speiseteller, 38 Pf.  
2 Mestlen bunt, 38 Pf.  
6 Gewürzttönnchen, 38 Pf.  
1 Kuchenkorb durchbrochen bunt, 38 Pf.  
1 Aufschnittplatte dreiteilig bunt, 38 Pf.  
1 Teekanne mit Goldrand, 38 Pf.  
1 Kaffeeanne weiss, 38 Pf.  
1 Bratenplatte weiss, 38 Pf.  
2 Essig- u. Oelflasch. m. Goldrand, 38 Pf.  
3 Paar Tassen m. Goldrand, 38 Pf.  
2 Paar Tassen mit Goldrand oder bunt, 38 Pf.  
1 Butterglocke, 38 Pf.  
3 Kaffeebecher m. Goldtemp., 38 Pf.  
4 Kaffeebecher bunt, 38 Pf.  
2 Milchtöpfe bunt, 38 Pf.  
1 grosser Glasnapf, 38 Pf.

### Handschuhe

Damen-Handschuhe Trikot, mit 2 Druckknöpfen, Paar, 38 Pf.  
Damen-Handschuhe gelb, Waschled., Nachahmung Paar, 38 Pf.  
Kinder-Handschuhe Trikot oder Schwed.-Imit., m. 2 Dr., Paar, 38 Pf.

**Nudelrolle**  
und Reibekeule  
**38 Pf.**

**Velours-Barchent**  
Meter  
**38 Pf.**

**Frühstücks-Taschen**  
für Kinder  
Stück  
**38 Pf.**

**Bouillon-Würfel**  
25 Stück  
**38 Pf.**

Aufgeführte Artikel sind nur ein kleiner Auszug von den zum Verkauf kommenden Waren in dieser Preislage

**Seld.-Band**  
11 cm breit  
Meter  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**Knaben-Schürzen**  
**38 Pf.**

**Jackett-Kragen**  
aus Rips und Pikee  
Stück  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**bunte Tüchel-Schürzen**  
**38 Pf.**

**Strumpfhalter**  
Extra breit  
Paar  
**38 Pf.**

**Korsett-Schoner**  
weiss und bunt  
**38 Pf.**

Ein Posten  
**Spiel-Schürzen**  
**38 Pf.**

**Zigarren**  
10 Stück  
**38 Pf.**



Politische Uebersicht.

Die Verstaatlichung der Hibernia.

Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, enthält der kürzlich von der Leitung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats der Zeichenbesitzer-Verammlung vorgelegte neue Syndikatsvertrag einen Passus, der sich kaum anders deuten läßt, als daß zwischen der preussischen Staatsregierung und dem Kohlenyndikat eine Verständigung über die Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft Hibernia zustande gekommen ist. Tatsächlich ist denn auch nach neueren Meldungen kaum mehr daran zu zweifeln, daß das Syndikat wie auch die hinter der Hibernia stehende Bankgruppe (Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Bank für Handel und Industrie, Berliner Handelsgesellschaft, S. Weidhändler) ihren Widerstand gegen die Verstaatlichung der Hiberniabetriebe ausgegeben haben. Damit kommt eine Angelegenheit zum Abschluß, die im Jahre 1904 viel Staub aufgewirbelt und lange die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Bekanntlich wollte das damalige preussische Handelsministerium, an der Spitze Herr Müller, die der Hibernia gehörenden Zeche, Grubenfelder, Kokerien usw. verstaatlichen. Er hatte mit der Dresdner Bank ein Abkommen getroffen, sie solle die Aktien der Hibernia auskaufen und sie dann dem Staat gegen eine Provision von 5 Prozent überlassen. Der Plan scheiterte jedoch; die Dresdner Bank bekam nicht die nötigen Aktien zusammen, und obgleich die Regierung am 29. Juli der Hibernia-Gesellschaft ein sehr günstiges Angebot machte, das einem Kurs von 245 Prozent entsprach, lehnten die Großaktionäre die Ueberlassung ihrer Betriebe an den Staat ab. Sie kauften vielmehr die Zeche General Blumenthal an, gaben dafür 6 1/2 Millionen neue Aktien aus und verschafften sich dadurch in den über das Regierungsangebot abstimmbaren Generalversammlungen vom 27. August und 22. Oktober 1904 eine entschiedene Mehrheit. Zugleich gründete, um auch für die Zukunft die Erwerbung der Mehrheit der Hibernia-Aktien durch den Fiskus zu hintertreiben, die oben genannte Bankgruppe zusammen mit dem Kohlenyndikat einen „Tropf-Trust“: die Aktiengesellschaft „Gemeine Vereinigung von Hibernia-Aktionären“, zunächst mit einem Stammkapital von 36 Millionen Mark, das aber 1908 auf 42 Millionen Mark erhöht wurde. Aus bestimmten rechtlichen Gründen wurde der Sitz dieser Gesellschaft nach Gätrow (Mecklenburg) verlegt. Der Fiskus erhob die Anfechtungsanfrage, wurde aber mit dieser vom Reichsgericht am 18. Juni 1906 glatt abgewiesen. Er hatte sich verrechnet und verpöbelt.

Jetzt scheint auf dem Wege der Verständigung die Staatsregierung doch zum Ziel gelangen zu sollen, unter welchen Bedingungen, ist noch nicht bekannt. Sehr günstig für den Fiskus werden sie kaum sein. Er wird reichlich bleiben müssen.

Durch den Erwerb der Hibernia-Betriebe vermehrt sich der Bergwerksbesitz des Staates sehr erheblich, denn die Hibernia ist eine der größten Kohlenzechen. Ihre Beteiligung am Kohlenyndikat betrug bisher für Kohlen 8 818 800 Tonnen, für Roß 1 812 800 Tonnen, für Weiketts 54 400 Tonnen. Die Produktion ist aber weit stärker. Sie stellte sich vor dem Krieg auf rund 6,2 Millionen Tonnen Kohlen. Der gesamte Grundbesitz beträgt 1003 Hektar, darunter verschiedene noch nicht in Angriff genommene Grubenfelder. Mit seinem übrigen Zechenbesitz würde also der preussische Staat künftig über 80 Millionen Tonnen Kohlen im eigenen Betrieb produzieren können, ungefähr ein Sechstel der Gesamtkohlenförderung Preußens.

Großmütig.

Ein Professor C. Meizer macht im „Tag“ (Nr. 218 vom 17. September) den Vorschlag, bei einer Wahlreform in Preußen das sächsische Wahlrecht zum Vorbild zu nehmen. Das sächsische Wahlrecht ist bekanntlich ein Pluralwahlrecht, das eine Häufung bis zu vier Stimmen zuläßt. 46 Proz. der Wähler haben nur eine Stimme, während 18 Proz. der Wähler über vier Stimmen verfügen. Der Prozentsatz dieser Bevorrechtigten sinkt in den ärmeren Gegenden bis auf 8 Proz. herab. Dieses Wahlrecht für die Ärmern behindert den Professor nicht, am Schlusse seines großmütigen Vorschlages zu sagen: „Wenn man bedenkt, daß das neue sächsische Wahlrecht erst nach sehr heftigen Kämpfen aus einem Kompromiß der Parteien hervorgegangen ist, so muß es als eine sehr achtungswürdige Leistung bezeichnet werden, die in wesentlichen Bestimmungen von Preußen, wenn es wieder an die Wahlreform herantritt, nachgeahmt zu werden verdient.“ — Das preussische Volk wird im gegebenen Moment über diesen Vorschlag ebenso zur Tagesordnung übergehen, wie über alle anderen Versuche, ihm das gleiche Wahlrecht noch fernherhin zu verweigern.

Die „staatsfeindlichen Massen“.

Im konservativen „Reichsboten“ (Nr. 474 vom 17. September) leistet sich ein Dr. G. B. Schiele einen Angriff auf die „großstädtischen Massen Demokratie“, der zeigt, wie das konservative Pastorenblatt den sogenannten Bürgerkrieg aufsaugt. Der Leitartikel des Herrn Schiele fordert eine Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums, welche Förderung der Politik wie folgt begründet:

„Wir leben in einem demokratisch gestimmten Zeitalter und können nicht aus ihm heraus. Es hat auch jedes sein Guttes und sein Schlimmes, die Demokratie sowohl, wie die aristokratische Welt. Die große Gefahr unseres Zeitalters ist nun, daß wir einer großstädtischen Massendemokratie verfallen, welche doch unfähig ist, den Staat zu tragen, und welche der Gesellschaft und der bestehenden Kultur feindlich gesonnen ist.“

Wie kam man dieser Kulturgefahr begegnen? Nicht dadurch, daß man den staatsfeindlichen Massen möglichst viel staatsabhängige Massen gestimmten kleinen Beamtentums entgegenstellt. In der Stunde der Gefahr, wenn etwa die radikalen Parteien über die monarchische Gewalt die Oberhand gewinnen, sind die staatsabhängigen Massen ein schlechter Schutz. Das kleine Beamtentum wird nur zu schnell der Verführungskraft der sozialistischen Ideen und der Suggestion der kommenden Macht erliegen und zum Ueberläufer werden. Sondern man kann der ungesunden Demokratie der abhängigen großstädtischen Massen nur damit wirksam begegnen, daß man ihr eine gesunde Demokratie der wirtschaftlich freien gegenüberstellt, eine rechte Bauerndemokratie oder vielmehr eine Demokratie der kleinen Grundeigentümer in Stadt und Land und der kleinen Unternehmung überhaupt.

Wir müssen den kulturzerstörenden Reiz bekämpfen durch den Stolz desjenigen, der auf seinem kleinen Eigentum so fest und frei steht, wie ein großer Freiherr. Wir müssen die Hoffnungslosigkeit des Proletariats bekämpfen durch das Selbstvertrauen und den Unternehmungsgedanken des kleinen Mannes, der einen Weg zum Vorwärtskommen vor sich sieht. Wir müssen die falsche Massenpsychologie bekämpfen mit der wahren Freiheit, die auf der Scholle wächst. Das wichtigste Werkzeug zur Selbständigkeit ist das kleine Grundeigentum. Auch derjenige, der im Hauptberuf abhängiger Fabrikarbeiter oder kleiner Beamter ist, kann doch als Grundbesitzer,

der fest auf seinem kleinen Eigentum sitzt, frei, stolz und zufrieden werden.

Darum brauchen wir eine Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums. Dazu gehört die Schaffung von Kreditquellen, und die öffentliche Lebensversicherung ist bestimmt, diesem Zwecke zu dienen. Aber was wir ferner brauchen, sind Gesetze, welche sich nicht damit abgeben, nur zu verbieten und neue Beaufichtigung zu schaffen, sondern welche die wirtschaftliche Kraft des siedelungslustigen kleinen Mannes in Stadt und Land wirklich frei machen. Für die Städte brauchen wir ein Baugesetz, welches dem einzelnen kleinen Grundeigentümer ein bequem zu handhabendes Baurecht in die Hand gibt. Und für das Land brauchen wir ein Abtrennungs- und An siedelungsgesetz, welches dem Siedelungslustigen den Zugang zum Land und außerdem auch ein klares und einfaches An siedelungsrecht verschafft. Nichts Wichtigeres gibt es in unserer Politik zu tun.“

Dr. Schiele fordert deshalb auch, daß man die aus dem Schühengraben Heimkehrenden mit einer „Sozialpolitik der Geschenke“ verschone und ihnen die Selbstständigkeit auf der eigenen Scholle gebe, auf der sie von allen Irrtümern genesen würden. — Das Rezept des Dr. Schiele ist nicht neu und beruht auf Erfahrungen, die vielfach mit der kleinen Landwirtschaft gemacht wurden. Es hat nur den Fehler, daß es mit der wirtschaftlichen Entwicklung, die zur Konzentration des Besitzes treibt, nicht vereinbar ist; und da diese stärker als alle Wünsche politisch-konservativer Kurpfuscher ist, wird wohl auch die „Massendemokratie“ bestehen bleiben und ihren Einfluß auf den Staat geltend machen, ob das den Konservativen gefällt oder nicht.

Die mangelnde Lösung der Kartoffelfrage

beunruhigt auch die christliche Arbeiterchaft. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 19) schreibt, es sei zu bedauern, daß wir noch nicht wissen, zu welchen Bedingungen die Bevölkerung ihren Bedarf an Winterkartoffeln decken solle. Es bestehe die Gefahr, daß wieder Stäckerarbeit aus der Not des Augenblicks geistert werde:

Wir müssen von der Regierung fordern, daß sie Klarheit in der Kartoffelfrage schafft. Die Kosten der bestehenden Unklarheit gehen zu Lasten der ohnehin so sehr gedrückten nundermittelten Bevölkerung.

Das Zentralblatt schlägt als einzig wirksame Maßregel mäßige Höchstpreise und Beschlagnahme der zur menschlichen Ernährung notwendigen Kartoffeln vor.

Auch die „Königliche Volkszeitung“ (Nr. 759) wendet sich entschieden gegen den Beschluß des Bundesrats, vorläufig keine Höchstpreise für Kartoffeln festzusetzen. Sie fragt, was geschehen sei, um den Abtransport der Kartoffeln von den Erzeugungsorten in die Gegenden des großen Bedarfs sicherzustellen und ob die Eisenbahnbauverwaltung das nötige Wagenmaterial zur Verfügung hält. Der Aufsatz des führenden Zentrumsblattes schließt:

Ober soll der Bundesratsbeschluß etwa bedeuten, nun allem seinen Lauf zu lassen und dem „freien Spiel der Kräfte“ die Regelung des Marktes zu überlassen? Das wäre bedauerlich und müßte für den Westen geradezu verhängnisvoll werden. Die ähnen Erfahrungen vom vorigen Jahre dürfen nicht dazu führen, nun überhaupt nichts zu tun. Haben sich die Höchstpreise ohne Beschlagnahme im vorigen Jahre nicht bewährt, so müssen sie jetzt mit Beschlagnahme gemacht werden. Es ist ganz bestimmt anzunehmen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung selbst mit dieser Maßnahme zufrieden ist, wenn sich die Beschlagnahme nur erstreckt auf die Menge, welche zur menschlichen Ernährung notwendig ist, weil ihr dadurch der ungerechte Verdacht genommen wird, sie strebe nach Konjunkturpreisen.

Ob nun die Regierung endlich etwas tut? Sie hat nur noch wenige Wochen zur Ueberlegung und Entscheidung vor sich, denn im Laufe des Oktobers muß die Einfuhr der Kartoffeln durch die Verbraucher vor sich gehen.

Verfahren gegen den Bund „Neues Vaterland“.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Ein Ermittlungsverfahren gegen den Bund „Neues Vaterland“ ist infolge einer Veröffentlichung veranlaßt worden, die zu Anfang dieses Monats erschien. Die „Humanität“ war in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, den der Reichsgerichtsrat Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf an Geheimrat Köhler gerichtet hatte. Dr. Wehberg teilte hierin Geheimrat Köhler mit, daß er von der Redaktion der „Zeitschrift für Völkerecht“ zurücktrete, weil er glaube, es vor seinem Gewissen nicht verantworten zu können, länger in der Redaktion zu bleiben, nachdem unter anderem nur einseitige Darstellungen z. B. in der Frage der belgischen Neutralitätsverletzung zu Wort gekommen seien. Der Brief erschien in einem vertraulichen Rundschreiben, das der Bund „Neues Vaterland“ als Manuskript für seine Mitglieder drucken ließ, und kam durch die „Humanität“ in die große Öffentlichkeit. Jetzt hat die Polizei auf Grund des § 89 des Strafgesetzbuchs gegen den Bund „Neues Vaterland“ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und in den Geschäftsräumen des Bundes sowie in einer hiesigen Druckerei in der Oranienstraße eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dort wurde festgestellt, daß von dem Rundschreiben 500 Stück gedruckt worden sind, 300 Stück wurden bereits im Juli vertrieben, 200 wurden noch vorgefunden und beschlagnahmt.

Ein betrügerischer Landwirt.

Den Staat um 100 000 M. prellen wollte ein Besitzerepaar im Kreise Lütitz. Es hatte nicht weniger als 110 000 M. Kriegsschulden angemeldet. Als Schadenerstat wurden ihm aber nur 1800 M. zugebilligt. Dem Ehepaar wurde der Prozeß wegen versuchten Betruges gemacht, und das Schöffengericht in Lütitz verurteilte den Agrarier zu drei Monaten Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe und seine Ehehälfte zu 2400 M. Geldstrafe.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten Russisch-Polen.

Die „Korb. Allg. Ztg.“ teilt mit: Generalgouverneur von Besefer in Warschau erließ in der „Deutschen Warschauer Ztg.“ folgende Bekanntmachung:

„Von der Absicht geleitet, in den durch den Krieg schwer geschädigten polnischen Landesteilen jegliche Bestrebung gemeinnütziger Verantwortlichkeit zu unterstützen, hat die vor meinem Amtsantritt berufene deutsche Behörde ebenso wie ich dem Zentral-Landesamte (Bez. dem Warschauer Gouvernementskomitee) neben den entsprechnen deutschen und österreichischen Benachteiligten die Erlaubnis zur Ausübung der Wohltätigkeit erteilt und Förderung angebahnt. An diese Erlaubnis war die ausdrückliche Bedingung geknüpft, sich jeder politischen Betätigung zu enthalten. Statt dessen hat dieses Komitee Nichter im Lande eingeleitet, Abgaben zu erheben versucht, durch Verordnungen die Einrichtung einer Landesmiliz außerhalb Warschaus

eingeleitet und Erlaubnisscheine zum Waffentragen ausgegeben, obgleich es wissen mußte, daß jeder, der sich auf Grund dieser völlig rechtswidrigen Bescheinigung mit Waffen versehen, die Todesstrafe verwirkt hat. — Da somit die ihm gestellte Bedingung unbeachtet geblieben ist, löse ich hiermit das General-Landes-Lomitee einschließlich der Landeskomitees der Gouvernements und der lokalen Unterkomitees auf und verbiete ihnen jede weitere Betätigung im Gebiete des deutschen Generalgouvernements. Die Organisation der Wohltätigkeit geht damit ausschließlich auf die deutsche Verwaltung über, der die rein sanitären Einrichtungen der nunmehr aufgelösten Komitees anzugliedern sind. Die bereits durch eines der Komitees ausgegebenen Bescheinigungen über das Recht des Waffentragens sind dem deutschen Kreisbesitz, dem Gouvernment von Warschau oder dem Generalgouvernement sofort zurückzugeben.

Wer Waffen ohne ausdrückliche Erlaubnis einer deutschen Behörde sich verschafft oder im Besitz behält, verfällt der Todesstrafe.“

Die Forderungen der organisierten Arbeiter in Polen.

Die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Warschaus haben an den von der deutschen Militärverwaltung ernannten Bürgerausschuß eine Petition gerichtet, die folgende Forderungen enthält: 1. Vertretung der Arbeiter an allen wirtschaftlichen Institutionen; 2. Anteil der Arbeiter an der Fabrikinspektion; 3. Zahlung der Arbeitslosen; 4. Inbetriebsetzung der Fabriken; 5. Stundung der Hausmieten für Arbeitslose; 6. Unterstützung der Arbeitslosen durch die Inhaber stillgelegter Fabriken; 7. Einführung einer progressiven Lokaleinkommensteuer zugunsten der Beschäftigungslosen; 8. Großeinkauf von Lebensmitteln und Brennstoffen durch den Bürgerausschuß und Verkauf zum Kostenpreis; 9. Städtische Zuschüsse zu den bestehenden und sich selbstverwaltenden Arbeiterküchen; 10. Städtische Aufsicht über die Arbeiterauswanderung nach Oesterreich und Deutschland.

Ueber die Unruhen in Polen

wird dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Lodz noch geschrieben:

„Seitdem Warschau von uns erobert ist, machten sich revolutionäre Umtriebe in Lodz bemerkbar, es wurden in der Stadt Flugblätter verteilt, die in polnischer Sprache zur Revolution aufforderten, und nach zuverlässigen Mitteilungen beabsichtigte die radikal-polnische Partei, durch öffentliche Umzüge und sonstige nach außen hin wirkende revolutionäre Schritte Propaganda für ihre Ziele auf ein selbständiges Königreich Groß-Polen zu machen. Die ernst die Sache aber von den deutschen Behörden aufgefaßt wird, ist aus der schon erwähnten Bekanntmachung ersichtlich, die der Dislokationschef von Lodz, Oberstleutnant v. Braunschweig, erlassen hat, in der es heißt: „Trotz der vorgeschlagenen Ausschließlichkeit solcher Pläne gegenüber den Nachmitteln der Kaiserlich Deutschen Regierung mag es tatsächlich Versuche und Versuche geben, welche an die Möglichkeit eines Erfolges ihrer Bestrebungen glauben. Diesen sei warnend mitgeteilt, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung im gegebenen Falle gegen alle Störer der Ruhe und Ordnung in der Stadt mit allen ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln und mit unerschütterlicher Strenge einschreiten wird.“

Unter der russischen Herrschaft stand das Räuberumwesen in Polen in üppiger Blüte, und auch jetzt noch gehören, trotz der unerschütterlichen Strenge, mit denen die deutschen Behörden hiergegen vorgehen, Räuberüberfälle, bei denen auch Menschenleben vernichtet werden, nicht gerade zu den Seltenheiten. Die deutschen Behörden machen kurzen Prozeß mit den Banditen. Diese werden vor ein Feldgericht gestellt und bei erwiesener Schuld ohne Gnade innerhalb 24 Stunden erschossen. . . .

Der Handel in Polen fängt an, sich allmählich wieder zu heben. Während der letzten zwei Wochen wurden aus Lodz Manufakturwaren im Werte von ungefähr 7 Millionen Rubel ausgeführt. Der Verkehr geschieht ausschließlich gegen bar. Infolge der Wiederherstellung der Verbindung mit Warschau sind große Transporte von Galanteriewaren und Gummischuhen von dort in Lodz für die Herbstsaison eingetroffen.“

Aus der Partei.

„Schlagende Argumente“.

Genosse J. B. Astew schreibt uns aus London: In Nr. 17 der Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik“ las ich unter dem Titel „Schlagende Argumente“: „Die gegenwärtigen Zustände in England erinnern in gewisser Beziehung an die Zeit des Burenfeldzuges. Anhänger und Gegner des Krieges sind allmählich in eine so nervöse und gereizte Stimmung geraten, daß die einen den andern die Versammlungen zu Sprengen versuchen, und daß manche Kundgebungen ihren Höhepunkt in einer solennen Keilerei erreichen.“

Dazu möchte ich bemerken: Gewiß werden wohl die meisten Kriegsgegner ziemlich nervös und gereizt geworden sein, denn sie wissen nur zu gut, daß gewisse, leider weit verbreitete Blätter alle Tage mit den verwerflichsten Mitteln gegen sie hegen und Sprengkolonnen gegen ihre Versammlungen organisieren, wobei die Redner und Versammlungsleiter, sogar verkrüppelte Leute, in Lebensgefahr setzen um. Ich will natürlich nicht behaupten, daß es bei allen Versammlungen so zugegangen ist — die meisten sind wohl ruhig verlaufen. Das ist jedoch nicht dem „Daily Express“ oder der „Morning Post“ zu verdanken, die fortwährend die Leute aufgefordert haben, die Versammlungen zu verhindern. Es ist aber nicht wahr, daß wir die gegnerischen Versammlungen gestört haben. Die einzige Ausnahme bleibt wohl der Fall von Queens Hall Meeting, und es wird von den meisten Kriegsgegnern selbst bedauert, daß die Versammlung nicht einfach ignoriert wurde. Es muß aber gesagt werden, daß die ganze Art, wie das Socialist National Defence Committee diese Versammlung ignoriert hat, die Art der Reklame in der Presse sowie die Tatsache, daß zum erstenmal in einer englischen politischen Versammlung Militär als Ordner und Herausforderer verwendet wurde, die propagierenden Reden von dem Vorsitzenden und den Titeln ganz besonders, daß alles dies darauf berechnet war, die Opposition herauszufordern.

Natürlich ist von der Presse die Vermutung ausgesprochen worden, die J. L. B. und die Bezeichnung für demokratische Kontrolle hätten die Opposition organisiert. Rame jetzt ein Erdbeben, so würden diese Propaganda auch behaupten, daß die beiden Organisationen mit ihrem deutschen Gold das Erdbeben verursacht hätten.

Totenliste der Partei.

Nach längerem, schwerem Leiden ist Genosse Albin Berger, Stadterordneter und zweiter Geschäftsführer des Meeraner Konsumvereins, gestorben. Mit ihm verliert die Meeraner Arbeiterchaft einen ihrer besten Vertreter der Sache der werktätigen Bevölkerung. Während und nach dem Sozialistengesetz war der Verstorbene an der Spitze der politischen Bewegung nicht nur in



Mezzano, sondern auch für den 17. Wahlkreis tätig. Als solcher hat er auch viele Jahre der Chemiker „Vollstimme“ als Präsidiumsmitglied angehört und vertrat den 17. Kreis zu Landesversammlungen und Parteitagungen mehrere Male.

## Aus Industrie und Handel.

### Wollvertrags-Beschlagnahme.

Eine neu erschienene Bekanntmachung, deren Anordnungen mit dem 18. September 1915 in Kraft treten, bezieht sich mit dem Wollvertrag der deutschen Schaffschur 1914/1915, sowie dem bei den deutschen Verarbeitern befindlichen Wollverträge, soweit es sich nicht in das Eigentum von Fabrikanten von Heeres- oder Marinebedarf übergegangen ist, und mit dem Wollvertrag der deutschen Schaffschur 1915/1916, gleichviel, ob sich dieser bei den Schafhaltern, an sonstigen Stellen oder noch auf den Schafen befindet. Der gesamte Wollvertrag beider deutschen Schaffschuren ist beschlagnehmend. Das Weichen des beschlagnehmenden Wollvertrages wird, soweit er noch nicht an Fabrikanten für Heeres- oder Marinebedarf verkauft ist, genau geregelt. Die Wolle muß spätestens 10 Wochen nach dem Scheren oder Fällen in einer der in der Bekanntmachung namentlich aufgeführten Wollwäschereien eingeliefert werden. Das Verladen der Wolle ist gänzlich verboten, soweit nicht durch eine ausdrückliche Verfügung der Kriegsrohstoffabteilung hierzu Erlaubnis erteilt worden ist. Eine Veräußerung der beschlagnehmenden Wolle darf nur noch an die Kriegsbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin, sowie an solche Personen, Firmen oder Gesellschaften erfolgen, welche die Wolle unmittelbar an die Kriegsrohstoffabteilung-Aktiengesellschaft in Berlin verkaufen. Für die Lieferung der Wolle durch den Schafhalter sind ebenfalls bestimmte Vorschriften gegeben. In jedem Fall muß die Wolle spätestens 10 Wochen nach der Einlieferung in einer der zugelassenen Wäschereien in das Eigentum der Kriegsrohstoffabteilung-Aktiengesellschaft übergegangen sein; der Wollvertrag 1914/1915 muß bis zum 31. Dezember 1915 in dem Eigentum dieser Gesellschaft stehen. Ueber den von der Gesellschaft zu zahlenden Preis entscheidet endgültig die Kriegsrohstoffabteilung nach Anhörung einer Sachverständigen-Kommission, deren Zusammenziehung unter Zuziehung von Vertretern der verschiedenen Interessentenkreise geregelt ist. Die Kriegsrohstoffabteilung-Aktiengesellschaft verteilt die von ihr erworbene Wolle unter Genehmigung der Kriegsrohstoffabteilung an solche inländische Verarbeiter, welche die Wolle nachweislich zur Ausführung von Aufträgen der deutschen Heeres- oder Marineverwaltung brauchen. Die Bekanntmachung enthält noch eine Reihe anderer Bestimmungen, so über Anträge von Schafhaltern auf Freigabe geringer Mengen Rohwolle zum Verbrauch im eigenen Haushalt und über die Mindestmengen, die bei einem Verkauf an die Kriegsrohstoffabteilung-Aktiengesellschaft angeboten werden müssen. Außerdem wird auch das Scheren der Schafe zu einer früheren als in anderen Jahren üblichen Zeit verboten.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

### Rautschul- und Guttapercha-Beschlagnahme.

Zu der Bekanntmachung über Bestandserhebung und Beschlagnahme von Rautschul (Gummi), Guttapercha, Balata und Kschest sowie Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe (S. J. 663, S. 15, R. R. A.) ist eine Nachtrags-Bekanntmachung erschienen. Hiernach ist der Verkauf und die Lieferung der in § 2 Ziffer B unter IV Nr. 9, 12, 13 und 16 genannten und nach der früheren Bekanntmachung lediglich meldepflichtigen Gegenstände — insbesondere alle Autoreifen, Luftschläuche, Gummibälge — vom 18. September 1915 ab nur noch an die königliche Inspektion des Kraftfahrwesens in Berlin-Schöneberg, Fielstraße, oder an deren durch schriftlichen Auftrag ausgewiesene Beauftragte, statthaft. Die in Gummi- und Kautschukfabriken vorhandenen Bestände dürfen verarbeitet werden. Im übrigen sind die Gegenstände gemäß der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 beschlagnehmend. Der Wortlaut dieser Nachtrags-Bekanntmachung kann bei den Polizeibehörden eingesehen werden.

## Aus Groß-Berlin.

### Die Brot- und Mehlerverorgung Berlins.

Der Magistrat von Berlin hat eine Denkschrift über die Brot- und Mehlerverorgung herausgegeben, in der die im letzten Jahre getroffenen Maßnahmen im einzelnen dargelegt werden. Die Schrift zeigt, daß Berlin in Gemeinschaft mit den größeren Vorortgemeinden auf dem Gebiete der Brot- und Mehlerverorgung bahnbrechend und ohne jede Zögerung vorgegangen ist und daß die getroffenen Maßnahmen sich bewährt haben. Bemerkenswert sind einige Ausführungen, die sich auf die Anforderungen beziehen, die von industrieller Seite an den Magistrat gerichtet wurden.

In der Schrift heißt es in dieser Beziehung: „Die Verorgung der Industrie mit Mehl wurde von dem Grundfatz beherrscht, daß die Mehlvorräte in erster Reihe der Volksernährung zugute kommen sollten. Es traf dies in vollem Umfang nur bei der Nahrungsmittelindustrie zu. Schwierig war deren Verorgung und auch die Berücksichtigung anderer Industriezweige besonders deshalb, weil es an jedem Verteilungsmittel fehlte. Das Nichtigste zu finden, mußte also in jedem Einzelfall unternommen werden. Es mußte das allgemeine Sparinteresse gegen das persönliche Interesse des Begehrenden abgewogen und von Fall zu Fall entschieden werden, ob etwa bei der Verlegung der Mehlüberweisung eine wirtschaftliche Krise auf dem Spiele stand; ferner, welches Mindestmaß zur Fortführung des Betriebes ausreichend war, und dergleichen mehr. Die Schar derer, die auf Ueberweisung von Mehl antrugen, war ebenso groß wie bunt. Da kamen Fabrikanten von Suppenwürfeln, Suppenkonferven, Mayonaisen und Tunken, von Fischfakteln, Schokoladenpulver und Speiseeis, Angehörige der pharmazeutischen Industrie, die die Herstellung von Pastillen, Dragees, Puder, Pflaster und anderen Medikamenten Mehl begehrten u. a. m. Es ist nicht immer leicht, die verschiedenen Wünsche im Rahmen des Vorhandenen zu befriedigen, oder sie auf das richtige Maß zurückzuführen. Soweit angängig, wurde Mehl, wenn auch natürlich nur in bescheidenen Grenzen, bewilligt. Bald meldete auch die technische Industrie ihre Ansprüche auf Mehl an. Die Elektriker bedurften nicht unbeträchtlicher Mengen von Weizenmehl als Elektrolyt; zum Kleben brauchten es die Schneider, die Kofferindustrie, die Berufertiger gewisser medizinischer Bandagen, die Buchbinder und vor allen Dingen die Tapezierer, welche bewegliche Klage über den Mangel an brauchbarem Klebmittel führten und oft drastisch schilderten, einen wie unüberwindlichen Ersatz die vielfach angepriesenen Ausfühsmittel böten. Selbst dem öffentlichen Anschlagswesen begann der Mangel an Klebmittel fühlbar zu werden. Weiter begehrten Mehl die Stofffabrikanten, Gaudschulfabrikanten, Druckereien (zur Anfertigung von Watern und für die Stereotypie); auch die Metallwarenindustrie erklärte, das Mehl zum Beispiel als Klärungspräparat bei der Reinigung von Aluminium und zur Anfertigung von Kernstücken, die in Gussformen eingelegt werden, nicht entbehren zu können. Die Reihe vollendete ein Kammerjäger, der das Mehl zur Her-

stellung seiner Ungeziefervergiftungsmittel brauchte. Der Versuch, die Industrie zur Verorgung von anderen Mehlen als Roggen- und Weizenmehl zu veranlassen, mißlang in der Regel, weil diese Ersatzmehle zu teuer waren. Wohl aber konnte eine Anzahl der Antragsteller an die Militärverwaltung verwiesen werden, da sie das Mehl zur Erledigung der von der Militärverwaltung erteilten Aufträge benutzen wollten und die Stadtverwaltung nicht in der Lage war, das ihr für die Verorgung der Zivilbevölkerung zugewiesene Mehl dieser zu entziehen.“

### Nachmusterung der dauernd dienstunbrauchbaren.

Von dem Befehl vom 4. September 1915 werden alle Wehrpflichtigen betroffen, die am 8. September 1870 oder später geboren sind.

Es haben sich zu melden:

a) beim zuständigen Bezirkskommando alle ehemaligen Unteroffiziere und Mannschaften des Wehrdienstes, die als dauernd garnisondienstunfähig aus jedem Militärverhältnis ausgeschieden (ausgemustert) sind, ferner alle ehemaligen Unteroffiziere und Mannschaften, die nach mindestens einjähriger (Einjährig-Freiwillige nach neuemontierter) aktiver Dienstzeit als dauernd ganzinvalid oder als dauernd garnisondienstunfähig entlassen und aus allen Militärverhältnissen ausgeschieden sind.

Die in den Jahren 1914/15 im Kriege, d. h. beim Feldheer, beschädigten und als dauernd dienstunbrauchbar Entlassenen müssen sich zwar melden, bleiben aber von der Nachmusterung vorläufig befreit.

b) bei der Ortsbehörde

alle übrigen als dauernd untauglich befundenen Wehrpflichtigen, einschließlich der beim Kriegeserlassgeschäft ausgemusterten Landsturmpflichtigen.

Von der Meldung befreit sind die Wehrpflichtigen, die das militärpflichtige Alter noch nicht erreicht haben, d. h. die im Jahre 1896 und später geboren sind.

Die Berliner Stadtanleihe in Höhe von rund 288 Millionen Mark ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt; sie wird aber vorläufig nicht begeben werden. Der Geldmarkt wird also nicht belastet. Die Begebung soll erst später in kleinen Abschnitten julzise erfolgen, das heißt nach Bedarf. Die Stadtkapitalien sparen durch diese allmähliche Begebung Zinsen und der Kammerer kann sich den geeignetsten Zeitpunkt zur Begebung aussuchen.

### Neue Beschlagnahmen.

Das Oberkommando in den Marken erläßt eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme der deutschen Schaffschur, deren Wortlaut in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu finden ist. Die Anordnungen dieser Bekanntmachung treten mit Beginn des 18. September 1915 in Kraft. Alle auf die Beschlagnahme bezüglichen Anfragen und Anträge sind mit der Kopfschrift „Wollbeschlagnahme“ an die Kriegsrohstoffabteilung des königlichen Kriegsministeriums, Sektion W. I., Berlin SW 48, Verlängerte Hedemannstr. 11, zu richten.

Ferner erläßt das Oberkommando in den Marken eine Nachtragsverordnung zu der Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Rautschul (Gummi), Guttapercha und Asbest sowie von Halb- und Fertigfabrikaten unter Verwendung dieser Rohstoffe. Auch diese Nachtragsverordnung tritt mit Beginn des 18. September 1915 in Kraft.

### Ein Kind verbrannt.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Donnerstag in Schöneberg ereignet. Die dort Königsweg 11 wohnende Frau Otto hatte eine Verorgung zu machen und mußte ihre drei Kinder allein zu Hause zurücklassen. In Abwesenheit der Mutter mußte sich der fünfjährige Hans Streichhölzer zu verschaffen, mit denen er spielte. Dabei entzündete sich eines der Hölzchen und legte die Kleidung des Kindes in Flammen. Auf die Hilferufe der Kinder eilten Nachbarn hinzu, denen es durch Ueberwerfen von Decken und Seiten gelang, die Flammen zu ersticken. Der Kleine hatte aber bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß er bald danach im Schöneberger Krankenhaus starb.

### Dachstuhlbrand.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand beschäftigte am Freitag die Berliner Feuerwehr bis zum Abend in der Wartenburgstr. 15. Dort stand mittags der linke Seitenflügel in ganzer Ausdehnung in Flammen und war das Dachhaus an der Wartenburg- und Mödnerstraße gefährdet. Zwei Löschzüge waren mit fünf Schlauchleitungen von Dampfstrahlen dort in Tätigkeit. Es gelang, eine weitere Ausdehnung zu verhindern und schließlich auf den Brandherd zu beschränken. Der Dachstuhl konnte indes nicht mehr gerettet werden. Die Ursache war auch nicht mehr zu ermitteln. Mehrere Mieter sind arg geschädigt; sie haben Hausrat und Vorräte eingebüßt.

### Kriegsteilnehmer und Angestelltenversicherung.

In einer Verordnung, die für alle dem Versicherungs-gesetz für Angestellte unterliegenden Kriegsteilnehmer überaus wichtig ist, hat der Bundesrat kürzlich bestimmt, daß die Kriegsdienstmonate den Versicherten als Beitragsmonate angerechnet werden sollen. Der Berliner Ortsausschuß der Vertrauensmänner (Hottelstr. 4 I, Sprechstunde Dienstags, Donnerstags, Sonnabends von 1-3 Uhr), macht darauf aufmerksam, daß dieser Bestimmung noch eine weitere wichtige Erleichterung angefügt ist. Nach § 395 des Versicherungs-gesetzes für Angestellte besteht bekanntlich die Möglichkeit, nach Einwilligung des Direktors der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte durch einmalige Einzahlung einer Prämienreserve die Wartezeit abzukürzen, um damit einen früheren Rentenanspruch zu sichern und auch die Rentenbezüge zu erhöhen. Nach dem Befehl läuft die Berechtigung, einen solchen Antrag zu stellen, mit dem Schluß des Jahres 1916 ab. Der Bundesrat hat nunmehr angeordnet, daß für Kriegsteilnehmer die Frist verlängert wird, und zwar bis zum Schluß desjenigen Kalenderjahres, das auf das Jahr folgt, in dem der Krieg beendet ist. Die Stellung solcher Anträge hat an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Wilmersdorf zu erfolgen.

### Für Droschkenführer.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Unter Hinweis auf die Vorschriften in den §§ 39 Abs. 1 und 91 Abs. 3 der Droschkenordnung wird darauf aufmerksam gemacht, daß es unzulässig ist, Abmachungen zu treffen, nach denen eine Droschke einer bestimmten Person zur wiederkehrenden Benützung zur Verfügung gestellt wird. Die Vorbestellung einer Droschke (§ 40 a. a. D.) ist nur für den einzelnen Fall zulässig. Es greifen dabei die Bestimmungen des § 94 der Droschkenordnung in Kraft. Jede Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift unterliegt nicht nur der Bestrafung gemäß § 107 der Droschkenordnung, sondern wird darin, sofern es sich um eine Kraft-

droschke handelt, eine mißbräuchliche Benützung des Kraftfahrzeuges im Sinne der §§ 7 und 8 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Februar 1915 erlöhnt, die für den Besitzer oder Führer schwere Folgen nach sich zieht.

### Meldung des Rindviehbestandes.

Der Magistrat erläßt eine Bekanntmachung, daß trotz der Veröffentlichung vom 3. September 1915 bisher noch längst nicht alle Rindviehbefitzer ihren Rindbestand bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Berliner Rindviehbefitzer e. G. m. b. H. angemeldet haben. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß beabsichtigt ist, die in Berlin entfallenden Rindvieher zur Verteilung an die Halter von Rindvieh zu bringen. Alle Rindviehbefitzer, die bei dieser Verteilung beteiligt zu sein wünschen, werden angefordert, spätestens bis zum 21. September 1915 die Zahl ihrer Rinder unter Beibringung einer polizeilichen Bescheinigung im Bureau der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Berliner Rindviehbefitzer e. G. m. b. H., Berlin N, Gieseler Straße 53, mündlich oder schriftlich anzumelden. Alle diejenigen, die sich bis zu diesem Tage nicht melden, können bei der Verteilung von Rindvieh nicht berücksichtigt werden.

Endlich wird noch hervorgehoben, daß etwa bestehende Verträge zwischen Rindvieherern und Brauereien über Abgabe von Trebern ihre Gültigkeit verlieren, sobald der Magistrat die entfallenden Rindvieher für sich in Anspruch nimmt und verteilt.

**Apollo-Theater.** Nach mehr als einjähriger Pause hat das an Wechseln reiche Apollo-Theater seine Pforten wieder geöffnet. Der Direktor Vogel, unter dessen Leitung die „Zentralhallen“ in Stettin stehen, hat es verstanden, ein außerordentlich reichhaltiges Programm geschildert zusammen zu stellen. Und wenn auch die einzelnen Nummern nicht gerade Neuheiten enthielten, so waren doch die gebotenen Leistungen im großen und ganzen vorzüglich, bis vielleicht auf Elie Kupfer, dem ehemaligen Stern des Metropol-Theaters, die einige Sachen zum besten gab, die ihr anscheinend nicht recht liegen. Dagegen entzückte geradezu Maria Werber, die mit ihrem Goldfischchen aus der „Beisha“ das Publikum zu stürmischen Applaus hinriß. Besonders zu erwähnen ist die Wally Frank-Kruppe mit ihren glänzend ausgeführten akrobatischen Tricks. Die Gebrüder Stanek stellen sich als begabte arbeitende Handlungskünstler vor, während Herr Garcia als gewandter Schattenspieler seine Künste mit Hilfe seiner Handbewegungen an der Leinwand zeigt. Nicht weniger als 22 Instrumente beherrscht die Instrumentalistin Regia, während Emilie Rose ihre gelenkigen Füße zu Antipodenstücken benützt. Als besondere musikalische Einlage war Paul Lindes Coubertüre zu „Frau Luna“ anzusehen, die der Komponist persönlich dirigierte.

**Ein großer Kellerbrand** kam aus noch unbekannter Ursache am Bellealliance-Platz 23 (Ecke der Königsgräber Straße) am Freitag nachmittag zum Ausbruch. Dort brannten in dem Keller eines Gutgeschicktes Padmaterialien, Kartons, Kisten u. a. in solcher Ausdehnung, daß die Feuerwehr zwei Stunden löschen mußte. Die Rohrführer wurden mit Rauchschutapparat ausgerüstet, bevor sie in den total verqualmten Keller eindringen konnten. Durch kräftiges Wassergerben mit mehreren Rohren gelang es schließlich den Brand auf den Keller zu beschränken. Das Haus gehört der Stadt Berlin und ist als Lorgebäude unter dem Namen „Piano“ bekannt. Es hat nur unbedeutend gelitten, hauptsächlich durch Wasser, das ziemlich hoch im Keller stand.

**Kleine Nachrichten.** Das Opfer einer Leuchtgasvergiftung ist der 71jährige Musiklehrer Richard Fliege aus der Cranachstraße 1 in Schöneberg geworden. Er wurde vorgestern Abend im Schlafzimmer seiner Wohnung leblos aufgefunden; das Zimmer, in dem der Gasbalm geöffnet war, war vollständig mit Gas angefüllt. Der Bestimmungsort wurde nach dem städtischen Krankenhaus in Schöneberg gebracht, wo er der schweren Gasvergiftung erlegen ist. — Auf dem Wochenmarkt empfänglich befohlen wurde am Freitag ein Frau Led schwer verunglückt. Sie wollte gegen 1/2 Uhr nachmittags in der Hauptstraße in Schöneberg auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen aufspringen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem rechten Bein unter den Schutzrahmen des Weiwagens des Bahnzuges. Ihr wurde der rechte Fuß über dem Knöchel glatt abgetrennt. Die Verunglückte erhielt von einem hinzugerufenen Arzt einen Rotverband und wurde dann nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 330 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:  
Feld-Intendantur des 18. Armeekorps.  
Kommandantur Freiburg in Baden.  
Infanterie usw.: Garde 6. und 7. Garde-Inf.-Reg.; 1. Garde-Inf.-Reg. (f. G. Garde-Inf.-Reg.); 2. Garde-Inf.-Reg. (f. 7. Garde-Inf.-Reg.); Garde-Gren.-Regiment Alexander, Franz (f. Inf.-Reg. Nr. 15). Gren.-bezog. Inf., bezog. Inf.-Regiment Nr. 2, 5, 6 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 27), 7 bis einschl. 11, 14, 15 (f. Inf.-Reg. Nr. 15), 18, 22 (letzte beiden f. Inf.-Reg. Nr. 228), 24, 27, 34, 35, 37, 38 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 51), 40, 41, 43, 46, 49, 51, 53, 55 bis einschl. 59, 61, 63, 68, 72 (f. Inf.-Reg. Nr. 228), 80 (f. Inf.-Reg. Nr. 80), 83 (f. Inf.-Reg. Nr. 227), 87, 88 (letzte beiden f. Inf.-Reg. Nr. 80), 91, 93 (f. Inf.-Reg. Nr. 227), 129, 130, 140, 141, 143, 147, 150, 151 (f. auch die Festungs-Maschinengewehr-Formal. des Reg.), 152, 156, 158, 159, 160, 164, 165, 168, 170, 171, 175, 353, 359, 360, 361, 368, 372. Inf.-Regiment Nr. 2, 5, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 21, 24, 26 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 26), 27, 29, 31, 36, 38, 45, 49, 51, 55, 57, 59, 61, 65, 76, 79, 80, 82, 83, 98, 109, 201, 212, 214, 217, 226, 227, 228, 232, 233, 240, 252, 257, 259, 262, 265, 268, 267, 269. Inf.-Reg. Nr. 8 (f. Inf.-Reg. Nr. 33). Landw.-Inf.-Regiment Nr. 11, 12, 37, 39, 49, 51, 52, 53, 55, 57, 60, 75, 99, 116. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 1, 2, 3 und 6. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 11. Brig.-Ers.-Bataillone: Nr. 14 (f. Inf.-Reg. Nr. 300), 38 (f. Inf.-Reg. Nr. 368). Landw.-Brig.-Ers.-Bataillone: Nr. 21 (f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 3), 25, 26 (beide f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landst.-Inf.-Bataillone: 11 Darmstadt, Strahburg i. E., Striegau. Jäger-Bataillone Nr. 2, 3 und 6. Maschinengewehr-Abt. Nr. 7; Feld-Maschinengewehr-Reg. Nr. 106 (f. Inf.-Reg. Nr. 228), 212 (f. Inf.-Reg. Nr. 141); Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 2; Festungs-Maschinengewehr-Formation des Inf.-Reg. Nr. 151 des 20. Armeekorps. Inf.-Schießschule (f. auch Inf.-Reg. Nr. 15). Interoffizierschule in Jülich und Interoffizierschule in Weiburg (beide f. Inf.-Reg. Nr. 80). Kavallerie: 2. Garde-Dragoon; Kürassiere Nr. 2; Dragoon Nr. 1 und 15; Husaren Nr. 7 und 11; Inf.-Husaren Nr. 1; Husaren Nr. 16; Jäger zu Pferde Nr. 5; Landw.-Reg. Nr. 2; 5. Landst.-Eskadron des 5. Armeekorps. Ref.-Reg.-Abteilungen Nr. 79 u. 80. Feldartillerie: 4. und 5. Garde-Reg.; Regiment Nr. 1, 5, 8, 9, 10, 14, 16, 28, 30, 31, 33, 35, 42, 55, 81; Ref.-Regiment Nr. 1, 17, 18, 56, 63; Landw.-Reg. Nr. 9. Fußartillerie: 2. Garde-Reg.; 1. Garde-Reg.; Reg. Nr. 13; Ref.-Regiment Nr. 1 und 6; Landst.-Bat. des 18. Armeekorps; Ueberplanmäßige Batterie g. Ref. Pioniere: Bataillone: 11. Nr. 2, 1. Nr. 4, 11. Nr. 6, 1. Nr. 7, 11. Nr. 11, 1. Nr. 17; Ers.-Bat. Nr. 6; Ref.-Komp. Nr. 85; 2. Landw.-Komp. des 2. Armeekorps. Verlehrsgruppen: Ref.-Eisenbahnpau.-Komp. Nr. 12. Fernsprech.-Abt. des 7. Reservekorps. Feldfliegertruppe.



Train: Garde-Train-Reg. Abt. 1. Ref. Divisions-Präsidenten-Train Nr. 16; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 107; Magazin-Kolonne des 7. Armee-Korps.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 221 bringt Verluste des Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Landw.-Feldart.-Abt. Nr. 3; 1. Landst.-Batterie, 3. Armee-Korps; Ref.-Fußart.-Regiment Nr. 2, 3; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 6; Pionier-Reg.; Pionier-Bataillon: 1. München, 2. Speyer, 3. Ingolstadt; Pionier-Abt.; Pionier-Abt. 6; Ref.-Pionier-Bataillon Nr. 2, 3, 4; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 7, 16; 2. Landw.-Pionier-Komp., 3. Armee-Korps; 3. Landst.-Pionier-Komp., 3. Armee-Korps; Pionier-Feld-Komp. Nr. 6; Armierungs-Bat. Nr. 5; Militär-Eisenbahn-Direktion III; Ref.-Munitionskolonnen-Abt. Nr. 1; Ref.-Proviant-Kolonnen 1; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen 4 III B; Sanitäts-Komp. 1, 1. Armee-Korps; Ref.-Sanitäts-Komp. 8; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 265 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 51; Gren.-Reg. Nr. 119; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247, 248; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 266 enthält Verluste des Landw.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Reg. Nr. 124, 126; Ref.-Dragoner-Reg.; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Feldart.-Reg. Nr. 13; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 65; Pionier-Komp. Nr. 116; Ref.-Art.-Munitionskolonnen Nr. 4; Feldlazarett Nr. 2; Verluste durch Krankheiten; Verletzungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 267 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 120; Gren.-Reg. Nr. 123; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Feldart.-Reg. Nr. 49; Verletzungen früherer Verlustlisten.

## Soziales.

### Ein Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Im Landeshause der Provinz Brandenburg ist am Donnerstag in einer Versammlung von Vertretern der deutschen Bundesstaaten ein Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge gegründet worden. Landesdirektor v. Winterfeldt begrüßte die erschienenen Vertreter der Bundesstaaten. Er teilte mit, daß am 25. August d. J. im Landeshause eine außerordentliche Konferenz der preussischen Landesdirektoren getagt habe, in der die Einrichtung einer preussischen Geschäftsstelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge einstimmig beschlossen worden sei. Die jetzige Versammlung sei einberufen, um die dankenswerte Anregung zur Begründung eines Reichsausschusses zu verwirklichen.

Der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Dr. von Hammerstein, sprach im Anschluß an diese Anregung über das einseitige Zusammenarbeiten der einzelnen provinziellen und bundesstaatlichen Organisationen. Ein besonderes Augenmerk sei der Aufklärung über die Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Tagespresse und der Befriedigung des Unterrichts- und Lebensbedürfnisses der Kriegsbeschädigten selbst durch eine gemeinsame Zeitschrift für das ganze Reich zu widmen. Der Redner empfahl außerdem eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für die gesamte Kriegsbeschädigtenfürsorge zu schaffen. Eine besonders reiche Arbeit werde dem Reichsausschuss auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verordnungen erwachsen. Der einstimmige Beschluß des Reichstags, eine Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge von Reichs wegen zu gründen, sei von der Reichsregierung nicht durchgeführt worden, weil diese gegen die Zentralisierung durch das Reich selbst Bedenken erhob. Das Bedürfnis, einen Mittelpunkt für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ganz Deutschlands zu schaffen, sei aber vorhanden, und der natürliche Weg zur Befriedigung dieses Bedürfnisses sei ein enger Zusammenschluß der in der Arbeit stehenden einzelstaatlichen Organisationen. Aus allen diesen Gründen empfahl der Redner die Gründung eines Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem jede bundesstaatliche Organisation eine Stimme haben solle.

Zu der Besprechung, die sich an den Vortrag anschloß, kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß es notwendig sei, die einzelnen bundesstaatlichen Ausschüsse für Kriegsbeschädigtenfürsorge im Deutschen Reich einheitslich zusammenzufassen. Der Gedanke, zu diesem Zweck einen Reichsausschuss ins Leben zu rufen, wurde von den Vertretern der bundesstaatlichen Regierungen und Ausschüssen für Kriegs- und Invalidenfürsorge warm begrüßt. Die Versammlung beschloß einstimmig die Gründung eines Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Hauptversammlung der einzelstaatlichen Organisationen) als anregende, beratende und begutachtende Stelle und trat darauf als solche zusammen. Der Reichsausschuss wählte zum Vorsitzenden den Landesdirektor der Provinz Brandenburg, von Winterfeldt. Die Versammlung wählte ferner einen Reichsarbeitsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bestehend aus je zwei Vertretern der norddeutschen, mitteldeutschen und süddeutschen Staaten und entsandte in diesen je einen Vertreter von Preußen, Westfalen, Sachsen, Hessen, Bayern und Württemberg. Derselben Reichsarbeitsausschuss wurde weiter das Recht der Zuwahl verliehen, ebenso das Recht der Bildung von Sonderausschüssen aller Art. Er hat ferner die Befugnis, eine Reichsgeschäftsstelle einzurichten und die dafür erforderlichen Kosten durch Umlagen auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisation der angeschlossenen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl zu verteilen. Der Arbeitsausschuss erhielt die Befugnis, eine Geschäftsordnung für sich selbst und eine solche für den Reichsausschuss (Hauptversammlung) zu beschließen.

Kamern des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern erklärte Geheimen Regierungsrat Klehmet, daß der Staatssekretär gerne einen Vertreter zu der Gründungsversammlung des Reichsausschusses entsandt habe, und daß der Ausschuss der wohlwollenden Unterstützung der Reichsregierung sicher sein könne. Landesdirektor v. Winterfeldt schloß die Versammlung mit dem lebhaftesten Wunsche, daß das hohe Ziel, die Kriegsbeschädigten wieder zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern unseres Volkes zu machen, voll erreicht werden möge.

### Vorenthaltung des verdienten Lohnes und der Papiere.

Noch immer gibt es Arbeitgeber, insbesondere Zwischenmeister, die nicht einsehen wollen, daß sie für Vorenthaltung von Papieren schadenersatzpflichtig sind. Gestern belehrte das hiesige Gewerbegericht zwei solcher Arbeitgeber über ihre Pflicht.

Eine Wäscherin, die beim Zwischenmeister Hoppe beschäftigt war, konnte wegen plötzlicher Erkrankung nicht weiter arbeiten. Am ersten Tage der Krankheit war es der Näherin noch möglich, zu Hoppe zu gehen und ihm um Auszahlung des verdienten Lohnes — 9,95 M. — zu ersuchen. Aber Hoppe zahlte den Lohn nicht. Am folgenden Tage schickte die Arbeiterin ihren Vater zu Hoppe. Auch dieser bekam den Lohn nicht, statt dessen wurde er mit groben Worten hinausgewiesen. Während ihrer Krankheit — am 6. August — schrieb die Arbeiterin an Hoppe, er möge ihr ihre Papiere senden. Aber sie erhielt weder die Papiere noch eine Antwort. Seit dem 21. August ist die Näherin wieder arbeitsfähig. Beim Gewerbegericht, wo sie den vorstehenden Sachverhalt vortrug, klagte sie auf Zahlung des rückständigen Lohnes und 15 M. Schadenersatz, weil sie ihre Papiere nicht erhalten hat. Erst in der jetzigen Prozessverhandlung erfuhr die Klägerin, daß der Beklagte Hoppe ihre Papiere wenige Tage nach ihrer Erkrankung an das Polizeipräsidium geschickt hat, ohne der Klägerin Mitteilung davon zu machen. Die Klägerin war also bis zur Stunde noch nicht im Besitz ihrer Papiere. Für die Ueberlieferung der Papiere an die Polizei hatte der Beklagte keine andere Erklärung als die: Er sei dazu verpflichtet gewesen. Anscheinend hat er dadurch zum Ausdruck bringen wollen, daß er das Arbeitsverhältnis als gelöst be-

trachte. Trotzdem erhob Hoppe Widerklage auf Schadenersatz wegen Kontraktbruch. Er sagte, die Klägerin, die mit Kündigung eingestellt war, hätte nach Beendigung ihrer Krankheit bei ihm weiterarbeiten müssen. Mit dieser Forderung drang Hoppe vor Gericht nicht durch. Er wurde verurteilt, der Klägerin den geforderten Schadenersatz von 15 Mark zu zahlen, weil sie durch Schuld des Beklagten nicht in den Besitz ihrer Papiere gekommen ist. Wegen der Lohnforderung, die der Beklagte zum Teil bestritt, soll Beweis erhoben werden.

Nach der Verkündung des Urteils räumte Hoppe in so ungebührlicher Weise, daß ihn der Vorsitzende energisch zurechtwies. Ebenfalls wie Hoppe glaubte auch ein anderer Beklagter, der Zwischenmeister Schiller, Rücksicht auf seine Arbeiterinnen nehmen zu brauchen. Schiller ließ durch seinen Buchhändler den Arbeiterinnen mitteilen, daß sie einige Tage aussetzen müßten und wer damit nicht einverstanden sei, könne aufhören. Zwei Arbeiterinnen, die sich für Aufhören entschieden, bekamen ihre Papiere nicht sogleich. Die eine mußte einen ganzen, die andere einen halben Tag warten, bis sich Schiller zur Auszahlung der Papiere verstand. Vor dem Gewerbegericht, wo die beiden Arbeiterinnen auf Schadenersatz klagten, vertrat Schiller mit Selbstbewußtsein den Standpunkt, daß er nicht verpflichtet sei, die Papiere herauszugeben, wenn die Arbeiterinnen dies verlangen, während er mit anderen Sachen beschäftigt sei, sondern daß er zu bestimmen habe, wann die Papiere in Empfang zu nehmen seien. Der Beklagte tat sehr verwundert, als er zum Schadenersatz verurteilt und durch die Urteilsbegründung belehrt wurde, daß er bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Papiere sofort auszuhändigen habe.

## Gerichtszeitung.

### Betrug gegen die Krankenkasse.

In recht verschämter Weise hat die Krankenschwester Elisabeth Schmitt, welche gestern in Gesellschaft ihrer 73jährigen Schwiegermutter Emilie Kunze vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I sich zu verantworten hatte, das Vermögen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin durch Betrug um 855 Mark geschädigt.

Sie überredete die alte Frau, nach ihrem Diktat an die Allg. Ortskrankenkasse eine Anmeldung zu richten, worin behauptet wurde, die Schmitt sei am 2. Januar 1914 als Krankenschwester mit einem Tagelohn von 4 M. bei freier Station in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eingetreten. Diese Angaben waren wahrheitswidrig, denn die Schmitt war gar nicht als ständige Krankenschwester bei der alten Frau angestellt und letztere war auch zu einer Geldleistung gar nicht fähig, da sie schon seit längerer Zeit städtische Armenunterstützung erhält. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte keinen Grund, die Angaben für falsch zu halten, und so wurde die Schmitt als Versicherte geführt. Diese trug ihrerseits für die ordnungsmäßige Zahlung der Krankenkassenbeiträge Sorge. Am 7. April 1914 meldete sich die Schmitt krank und forderte von der Krankenkasse Krankenunterstützung. Eine solche wurde ihr auch im Vertrauen auf die Richtigkeit der im Januar eingegangenen Anmeldung und auf das Vorhandensein der Krankheit gewährt. Sie will vom 10. April bis zum 10. September 1914 krank und arbeitsunfähig gewesen sein. Da die Anmeldung auf die Klasse mit dem höchsten Unterstützungssätzen abgestellt war, so erhielt die Schmitt für jeden Tag 3 Mark, im ganzen also 489 Mark Krankengeld. Dazu trat noch eine Summe von 366 Mark für ärztliche Behandlung und Heilmittel. Es hat sich später herausgestellt, daß die Angeklagte ihre Krankheit und Arbeitsunfähigkeit den Krankenkassenärzten nur vorgelächelt und auf die Leistungen der Kasse überhaupt keinen Anspruch hatte, da ein wirklicher Eintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung gar nicht vorlag. Die der Beihilfe angeklagte Frau Kunze war nach Annahme des Gerichts bei ihrem hohen Alter und ihrer geringen Intelligenz nicht imstande gewesen, die Bedeutung der ganzen Sache zu erkennen. Sie wurde deshalb freigesprochen. Die Angeklagte Schmitt wurde wegen Betruges im Rückfalle zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

### Verhängnisvolle Folgen der Spionitis.

Das Landgericht Zweibrücken hat am 12. Mai den Hüttenarbeiter Jakob Jacob wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen zu einem Jahr ein Monat Gefängnis verurteilt.

Bei Beginn des Krieges war der Angeklagte als Grenz- und Wahnwächter angestellt und verpflichtet worden. Ein Bewehr hatte er bis dahin noch nicht in Händen gehabt, mit der Mechanik desselben wurde er beim Dienstantritt vertraut gemacht. Am Nachmittag des 5. August 1914 hatte er in Gemeinschaft mit dem Zeugen B. die Wache an einer Bahnübergangsbahn, als zwei Automobile erschienen, das eine von einem Kraftwagenführer, das andere von einem Brauereibesitzer aus Wingerbrück geleitet, hielt der Angeklagte beide an. Die Führer stiegen aus und legten dem Angeklagten ihre Erlaubnisse vor, aus denen sich ergab, daß sie die Kraftwagen der Heeresverwaltung in Saarbrücken persönlich zu führen wollten. Der Angeklagte hatte nun vorher gehört, daß die Erlaubnisse in der Pfalz (Wingerbrück liegt in Preußen) aus blauem Papier ausgestellt würden, und nahm an den ihm vorgelegten, anders aussehenden Scheinen Anstoß. Er war angestiftet von der damals vielfach herrschenden Spioniererei und verhaftete deshalb die beiden verdächtig erscheinenden Männer. Er ließ sie vordringen und ging mit B. hinterdrein. Den letzteren schickte er dann wieder auf den Posten am Bahnübergang, während er selbst die Festgenommenen weiter transportierte. Kaum war B. einige Schritte zurückgegangen, als er einen Schuß fallen hörte. Er blickte sich um und sah, wie der Angeklagte von neuem lud und nochmals schuß, worauf einer der beiden Festgenommenen schreiend zu Boden stürzte. B. eilte hinzu und sah dann die beiden Kraftwagenführer am Boden liegen. Der Angeklagte sagte, er habe sie zusammen geschossen, sie hätten ihn angreifen wollen. Der Kraftwagenführer B. hatte einen Schuß in den Unterleib erhalten und starb an Ort und Stelle, während der Brauereibesitzer A. abends im Lazarett verschied. Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte die beiden Männer aus Fahrlässigkeit unter Außerachtlassung einer Amtspflicht getötet hat. Der Angeklagte gab noch der Darstellung des Urteils zu seiner Entschuldigung an, einer der beiden habe eine verdächtige Bewegung mit der Hand nach der Tasche gemacht, so daß er glauben konnte, jener griffe nach einer Schußwaffe. Um einem etwaigen Angriff zu begegnen, habe er einen Schuß abgefeuert. Aus dem gleichen Grunde habe er angenommen, daß A. mit dem Vorgeben des B. einverstanden sei, deshalb habe er sofort das Gewehr wieder geladen und auch A. niedergeschossen. Nach seiner Instruktion war der Angeklagte nur zum Schließen berechtigt, wenn ihm wirklich ein Angriff drohte oder der Festgenommene einen Fluchtversuch machte. Dem Angeklagten drohte kein Angriff, die beiden Festgenommenen haben sich nicht im geringsten widerlegt, als der Angeklagte ihnen die Festnahme ankündigte, und waren anstandslos den Weisungen des Angeklagten nachgekommen. Der Angeklagte hatte daher keinerlei Veranlassung, seitens der beiden einen Angriff zu befürchten, sodas er sich nicht zum Gebrauch der Waffe für berechtigt halten konnte. Er konnte ruhig abwarten, ob die fragliche Bewegung sich zu einem Angriff entwiderte, namentlich da er hinter den beiden herging. Sein Vorgehen war daher objektiv rechtmäßig. Hätte er seine Instruktion vorher genau durchgelesen, so hätte er nicht in den Irrtum verfallen können, daß er berechtigt sei, zu schießen. Er hätte also

insofern fahrlässig gehandelt. Das Gericht hat den Angeklagten, wenn er auch geistig mindertüchtig sein mag, doch für voll zu rechnungsfähig gehalten. Die Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

## Aus aller Welt.

Ein Grubenunglück, dem drei Mann zum Opfer fielen, ereignete sich auf der Kohlschachtanlage III der Gewerkschaft Heiligenroda. Als nach beendeter Schicht an einem Petriehaupt mehrere Sprengschüsse abgegeben worden waren, begaben sich der Steiger Heije und der Bergmann Jos. Wenzl aus Springen zu früh nach dem Sprengort. Durch die Kohlschwaden der Schüsse wurden sie bewußtlos. Dasselbe Schicksal widerfuhr noch anderen Bergleuten, welche ohne die vorhandenen Rettungsapparate helfen wollten. Trotzdem die Bewußtlosen verhältnismäßig rasch zutage gebracht und unter ärztlicher Leitung sofort Wiederbelebungsversuche unternommen wurden, erwiesen sich diese erfolglos.

Nord in Rußisch-Polen. Wie erst jetzt bekannt wird, ist in der Nacht zum 30. oder 31. August der Rittergutsbesitzer Stanislaus Skorzewski auf seinem einsam gelegenen Gute Rudnik im Kreise Wlozlawek von Räubern überfallen und ermordet worden. Auch der Diener Oksanski, der anscheinend seinem Herrn zur Hilfe eilte, wurde schwer verwundet. Die Räuber haben eine große Summe Geldes erbeutet. Bei der Teilung des Raubes ist es wahrscheinlich zu einem Streit zwischen den Verbrechern gekommen. Hierbei ist einer der Banditen von seinen Genossen ermordet und sein Gesicht, um ihn unkenntlich zu machen, durch Beihilke vollständig zerstört worden. Von den Verbrechern fehlt jede Spur.

Albin Kogel tödlich verunglückt. Der Vorsitzende des französischen Parlamentsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Albin Kogel ist bei einem Automobilunfall bei Chaumont tödlich verunglückt.

Todessturz aus dem Schnellzug. Auf der Bahnstrecke Frankfurt a. M.—Mainz fiel in der Nähe der Station Käßelsheim ein Unteroffizier aus dem Abteil eines in voller Fahrt befindlichen Schnellzuges und blieb tot auf der Strecke liegen. Ein ähnlicher Unfall trug sich bei Schweinfurt a. M. zu. Dort stürzte ein Soldat aus dem fahrenden Zuge und blieb tödlich verlegt liegen.

Brand einer Kohlenfabrik. Nach einer Meldung des Wolfeschen Telegraphenbureaus entstand in der Schleichbuscher Kohlenfabrik in der Nacht zum Freitag durch Selbstzündung ein Brand, bei dem Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind. Der Sachschaden ist unbedeutend, der Betrieb erleidet keine Unterbrechung.

Explosion in einer französischen Gießerei. Wie der „Temps“ meldet, ereignete sich Donnerstag morgen in der Gießerei in Le Pecq eine heftige Explosion. Ein Teil der Fabrik flog in die Luft. Die Fenster Scheiben aller Häuser im Umkreise von 500 Metern wurden zertrümmert. Dem Umstande, daß die Nachtlichter die Arbeiterstelle verlassen hatte und die Tagelicht noch nicht angezündet war, ist es zu verdanken, daß nur drei Personen verletzt worden sind. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Ursache des Unglücksfalles ist noch nicht bekannt.

Ein Mord wird aus Remscheid gemeldet. Dort ist die 22-jährige Tochter des Zigarrenhändlers Adolf Schmidt durch einen Stich in den Hals, der die Schlagader durchschneidet, ermordet worden. Als Täter kommen zwei Leute in Betracht, die bei einem geplanten Raube von Fräulein Schmidt im Laden überfallen wurden.

## Parteiveranstaltungen.

Johannisthal. Die ständige Mitgliederversammlung des „Vereins“ findet am Dienstag, den 21. September, 7,30 Uhr, im „Ritterheim“, Restaurant Lindenhof, Friedrichstr. 60, statt. Genosse Adolf Ritter wird über „Die Fürsorge für die Kriegsveteranen“ sprechen. Der Wichtigkeit des Themas wegen erwarten wir den Besuch aller Genossen und Genossinnen.

Waidmannsluh. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins kann umständehalber erst später stattfinden.

## Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Die Arbeiterjugend veranstaltet morgen Sonntag eine Partie nach Löwenbruch. Treffpunkt für Tempelhof 7,30 Uhr, Kanalbrücke; für Mariendorf 7,45 Uhr, Dorfstraße. Abfahrt vom Bahnhof Mariendorf pünktlich 7 Uhr bis Naßlos. Wiederhäuser und Instrumente sind mitzubringen.

Reinickendorf-Ch. Sonntag, den 19. d. Mts.: Tagespartie nach dem Liepnitzsee. Treffpunkt: Bahnhof Gesundbrunnen, früh 6,15 Uhr. Fahrgeld 55 Pf. — Dienstag, den 21. d. Mts.: Diskussionsabend. — Donnerstag: Letzte Gesangsübung zu der am 26. d. Mts. stattfindenden Säulenauflösungsfeier.

Lichtenrade. Sonntag, den 19. September: Partie nach Löwenbruch. Treffpunkt 7 Uhr. Für Nachzügler zu dem Zuge 11.01. Wiederhäuser und Trinkgefäße sind mitzubringen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Gottrich, Portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für die Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Beistellung Antwort wird nicht erteilt. Anträge, denen keine Abonnementsunterstützung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen klagt man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

6. 8. 99. Das Näherer ist Kranken- und Invalidenversicherungspflichtig. — 7. 3. Die Wöchnerinnenunterstützung auf Grund der Versicherungsbedingung des Ehemannes können nur die Kriegserkrankten beziehen. Ob ihre Unterst. auf Grund ihrer Versicherung schon Unterst. erhalten, richtet sich nach dem Statut; wahrscheinlich aber hat sie keinen Anspruch. — C. K. 15. 1. Ja. 2. Ja. 3. Nein, vom Todestage an. Die Rente wird schon während des Krieges gekürzt. 4. Der Antrag ist sofort zu stellen bei der Polizeidirektion oder beim Bezirkskommando. 5. 400 Pf. für die Ehefrau, 168 M. für jedes Kind. — H. 606. 1. Sie müssen sich für die Ehefrau melden. 2. Wenn die Nachzahlung erfolgt, wissen wir nicht. 3. Das können wir nicht wissen, darüber entscheidet der Militärarzt. — M. 6. 30. Ja. — Koch 6991. Nein. — H. 120. Wenn Sie sich melden müssen, erleben Sie aus dem öffentlichen Säulenauflösungs. — Grita 27. Sie müssen Ihre Frage wiederholen. — S. 2. 21. 1. Nein, die Kündigung ist unangeleglich. 2. Sie können Anspruch auf sechs Wochen Lohn erheben. — W. M. 9. Umgehung zum Militär kann erfolgen. — B. W. 1885. Die Ziffer bezieht sich nicht auf Krankheit, sondern stellt nur die Nummer der Verleumdung dar. — B. 7. 50. Ja. Sie haben darauf Anspruch. Stellen Sie einen dahingehenden Antrag an das Ersatzbataillon des Regiments, zu dem Ihr Mann eingezogen ist. — O. 23. Sie werden ein polizeiliches Strafmandat bekommen, gegen das Sie eventuell Einspruch erheben können. — A. 5. Der Antrag; dienstunfähig. — Z. A. 3. Sie können die Ehefrau einzuliegen beim Arznanwalt des Magistrats, Kolonnenstr. 34. — G. B. 07. Nachzahlung erfolgt auf Antrag bei der Versicherung. — S. 2. 21. 1. Ja. 2. Das ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen. 3. Nein. — Gritze. Da das Näherer laut Vertrag nicht mehr Ihr Eigentum war, so halten Sie nicht die Berechtigung, es zu verkaufen. — M. 106. Wenn Sie sich beim Bezirkskommando. — A. 7. 1. Da die abtägliche Kündigung für Sie unangl. ist, so haben Sie Anspruch auf Kündigung zum Quartalsersten. 2. Sechs Wochen. 3. Nein, die Kündigung kann in diesem Falle sofort erfolgen. — G. B. 100. 1. Wenn Sie gewerblicher Arbeiter sind, nein. 2. Sie müssen sich melden, müssen aber die verbüßte Strafe angeben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmorgen. Im Westen weit verbreitete und an der Küste vielfach starke, im Westen mehr dezentrale, meist geringe Regenschauer; dazwischen hier aufkommend, bei langsam sinkenden Temperaturen.



